

MARTINA ALMHOFER

Die Haftung der
Europäischen Zentralbank
für rechtswidrige
Bankenaufsicht

*Studien zum europäischen und deutschen
Öffentlichen Recht*

Mohr Siebeck

Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht

herausgegeben von
Christian Calliess und Matthias Ruffert

25



Martina Almhofer

Die Haftung
der Europäischen Zentralbank
für rechtswidrige Bankenaufsicht

Mohr Siebeck

Martina Almhofer, Bachelor- und Masterstudium Wirtschaftsrecht sowie Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien und an der St. Petersburg State University; Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien; 2017 Promotion (Dr. iur.) Wien; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht, Universitätsassistentin prae doc am Institut für Europarecht und Internationales Recht der Wirtschaftsuniversität Wien; seit 2017 Legal Counsel bei der Europäischen Zentralbank und externe Lektorin an der Wirtschaftsuniversität Wien.
orcid.org/0000-0002-2362-3564

Gedruckt mit Förderung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft

ISBN 978-3-16-156079-8 / eISBN 978-3-16-156197-9

DOI 10.1628/978-3-16-156197-9

ISSN 2192-2470 / eISSN 2569-443X

(Studien zum europäischen und deutschen Öffentlichen Recht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Dissertation habe ich während meiner Tätigkeit als Universitätsassistentin am Institut für Europarecht und Internationales Recht an der Wirtschaftsuniversität Wien in den Jahren 2013 bis 2016 verfasst. Eingeflossen sind auch Erkenntnisse, die ich aufgrund eines beruflichen Aufenthalts bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Generaldirektion *Legal Services* von Oktober 2015 bis Jänner 2016 gewonnen habe. Vor diesem Hintergrund ist zu betonen, dass die hier vertretenen Ansichten nicht jene der EZB repräsentieren. Vielmehr spiegelt die vorliegende Arbeit meine auf der vorgenommenen rechtswissenschaftlichen Untersuchung basierenden persönlichen Standpunkte wider.

Das gesellschaftspolitische Umfeld im letzten Jahrzehnt war von den Nachwehen der weltweiten Finanz- und Staatsschuldenkrise geprägt und hat schließlich auch die Wahl meines Dissertationsthemas beeinflusst. Mit der vorliegenden Untersuchung war es mir ein Anliegen, zur Aufarbeitung der zahlreichen rechtlichen Fragestellungen beizutragen, die sich im Gefolge der vielseitigen Krisenbewältigungs- und Krisenpräventionsmaßnahmen in der Europäischen Union stellten. In der Arbeit berücksichtigt sind Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum bis einschließlich September 2017.

An dieser Stelle möchte ich all jenen großen Dank aussprechen, die mich beim Fortgang der Dissertation in besonderer Weise unterstützt haben. Allen voran danke ich meinem Erstbetreuer und Institutsvorstand, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Erich Vranes*, LL.M. Sein respektvoller und höflicher Umgang mit Mitmenschen sowie sein umsichtiger Führungsstil werden mir stets Vorbild bleiben. Großen Dank schulde ich ihm ferner für die weitgehenden Entfaltungsmöglichkeiten am Institut, die nicht nur die freie Wahl des Dissertationsthemas umfassten. Zudem gewährte er mir in großzügiger Weise die für das Verfassen der Dissertation notwendigen Ressourcen.

Zu Dank verpflichtet bin ich überdies Herrn Univ.-Prof. Dr. *Martin Winer*, der als Zweitbeurteiler durch die zeitnahe Begutachtung der Dissertation jedwede Verzögerungen hintanhalt. Weiters danke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. *Christoph Grabenwarter* und Herrn Priv.-Doz. Dr. *Marcus Klamert*, M. A. für die Mitwirkung in meinem Doktoratskomitee.

Herrn Dr. *Andreas Orator*, BA, LL.M., diplômé, sei herzlich für die Durchsicht der Erstversion und die äußerst hilfreichen Denkanstöße gedankt. Durch

seine konstruktive Kritik hat er als Mitbetreuer wesentlich zum Gelingen der Dissertation beigetragen. Ein Wort des Dankes schulde ich ferner meinen weiteren Kolleginnen und Kollegen am Institut, insbesondere Herrn Dr. *Johannes Hartlieb*, BSc, Frau *Alice Pohl*, LL.M, BSc und Herrn Mag. Dr. *Peter Thalmann*, M. Jur., die fachliche Diskussionen nicht gescheut und insgesamt mein Arbeitsumfeld sehr angenehm gestaltet haben.

Das Erscheinen der Dissertation in dieser Schriftenreihe verdanke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. *Christian Calliess*, LL.M. Eur. sowie Herrn Univ.-Prof. Dr. *Matthias Ruffert*. Im Publikationsprozess wurde ich zudem von Frau *Daniela Taudt*, LL.M. Eur. vonseiten des Mohr Siebeck Verlages sehr kompetent betreut. Möglich wurde die Publikation außerdem durch die finanzielle Unterstützung, die ich im Jahr 2017 durch die Auszeichnung meiner Dissertation mit einem der Hauptpreise des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers sowie mit einem Förderpreis der Dr. Maria Schaumayer Stiftung erhalten habe.

Das Abfassen der vorliegenden Arbeit hat ein enormes Maß an Zeit und Energie gefordert. Meiner Familie, allen voran meinem Vater *Josef Almhofer*, Familie *Komenda*, meinen Patenkindern und meinen Freunden ließ ich deshalb vor allem in den letzten zwei Jahren nicht die Aufmerksamkeit zuteil werden, die sie verdient hätten. Ihnen sei für ihre Nachsicht und die vielen aufmunternden Worte gedankt.

Mein innigster Dank gilt schließlich Herrn Dr. *Peter Komenda*, BSc, der auch die Mühen des Korrekturlesens auf sich genommen hat. Er bereicherte die Dissertation nicht nur mit wertvollen Hinweisen, sondern stand mir während des Schreibprozesses kontinuierlich mit großer Geduld zur Seite. Sein beständiger Zuspruch und sein liebevoller Rückhalt waren mir eine unersetzliche Hilfe. Mehr Unterstützung kann man sich nicht wünschen.

Wien/Frankfurt am Main, im März 2018

Martina Almhofer

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
<i>A. Zur Relevanz und Notwendigkeit der Untersuchung</i>	1
<i>B. Forschungsfragen</i>	10
<i>C. Konzeption der Untersuchung</i>	11
1. Teil: Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus als erste Säule der Bankenunion	17
<i>A. Einführung</i>	17
<i>B. Grundlagen der Bankenaufsicht</i>	18
<i>C. Die Finanz- und Staatsschuldenkrise als Impetus für die Errichtung der Europäischen Bankenunion</i>	42
<i>D. Die EZB als Aufsichtsorgan</i>	57
<i>E. Wesentliche Regelungsaspekte der SSM-VO</i>	85
<i>F. Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus und die Gemeinsame Einlagensicherung als zweite und dritte Säule der Bankenunion</i>	97
<i>G. Die materiellen Aufsichtsstandards des Einheitlichen Regelwerks</i>	107
<i>H. Zwischenfazit</i>	114
2. Teil: Die außervertragliche Haftung der EZB gem Art 340 Abs 3 AEUV wegen rechtswidriger Bankenaufsicht ...	117
<i>A. Einführung</i>	117
<i>B. Haftungsbegriff</i>	120

<i>C. Zwecke der außervertraglichen Haftung gem Art 340 Abs 3 AEUV</i>	122
<i>D. Zulässigkeitsvoraussetzungen der Schadensersatzklage gem Art 268 AEUV</i>	131
<i>E. Die Zuständigkeit des EU-Gerichtshofs für Schadensersatzklagen gegen die EZB</i>	134
<i>F. Die Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs gem Art 340 Abs 3 AEUV</i>	145
3. Teil: Spezialfragen der außervertraglichen Haftung der EZB im Rahmen der europäischen Bankenaufsicht	281
<i>A. Haftungsbezogene Verantwortungsabgrenzung bei einer arbeitsteiligen Schädigung durch die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden</i>	281
<i>B. Das Verhältnis der Schadensersatzklage zu weiteren unionsrechtlichen und innerstaatlichen Rechtsschutzinstrumenten</i>	297
<i>C. Die Finanzierung der Haftungskosten der EZB</i>	314
<i>D. Die Berechtigung von Einlegern durch das EU-Aufsichtsregelwerk</i>	329
Gesamtfazit und Beantwortung der Forschungsfragen	397
Abstract (deutsch)	415
Abstract (englisch)	416
Literaturverzeichnis	417
<i>A. Monographien, Sammelwerke, Kommentare, Beiträge in Fachzeitschriften</i>	417
<i>B. Internetquellen</i>	452
Zitierte Normen, sonstige Rechtsakte und Materialien von nationalen, internationalen und EU-Organen	455
Judikaturverzeichnis	465
<i>A. Judikatur des Gerichtshofs der EU und Schlussanträge</i>	465
<i>B. Judikatur des EGMR</i>	470
<i>C. Judikatur nationaler Gerichte</i>	470
Sachverzeichnis	471

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
<i>A. Zur Relevanz und Notwendigkeit der Untersuchung</i>	1
<i>B. Forschungsfragen</i>	10
<i>C. Konzeption der Untersuchung</i>	11
1. Teil: Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus als erste Säule der Bankenunion	17
<i>A. Einführung</i>	17
<i>B. Grundlagen der Bankenaufsicht</i>	18
I. Der Bankenbegriff und der Finanzmarkt	18
II. Bankenaufsicht und Regulierung	23
III. Allgemeine Ziele der Bankenaufsicht	28
1. Bankenaufsicht als Form der Eingriffsverwaltung	28
2. Relevanz der Aufsichtsziele	29
3. Traditionelle Zielsetzungen der nationalen Aufsichtssysteme	31
a) Das volkswirtschaftliche Interesse am Funktionsschutz und an der Stabilität des Finanzsystems	31
b) Individualschutz	35
c) Weitere Aufsichtszwecke	36
d) Primäre Ziele des deutschen und des österreichischen Aufsichtsrechts	36
4. Konkrete Zielsetzungen des SSM	38
IV. Mikro- und makroprudentielle Aufsicht	39
V. Aufsichtsinstrumente	41

<i>C. Die Finanz- und Staatsschuldenkrise als Impetus für die Errichtung der Europäischen Bankenunion</i>	42
I. Zu den Ursachen der internationalen Finanzkrise	42
1. Markt- und Managementversagen	42
2. Staatliches Aufsichts- und Regulierungsversagen	45
II. Die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems	47
III. Durchbrechung des „Teufelskreises“ zwischen Bank- und Staatsschulden	50
1. Verflechtung zwischen Bank- und Staatsschulden	50
2. Der Weg zur einheitlichen europäischen Bankenaufsicht	53
a) Der Fahrplan zur Bankenunion	53
b) Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren	56
<i>D. Die EZB als Aufsichtsorgan</i>	57
I. Zur Diskussion über alternative Formen der Bankenaufsicht auf Unionsebene	57
II. Die EZB als institutionelles Herzstück der Wirtschafts- und Währungsunion	60
1. Ansiedelung der Bankenaufsicht bei der EZB	60
2. Ziele und Aufgaben der EZB und deren Einbettung in die Wirtschafts- und Währungsunion	61
3. Institutionelle Spezifika der EZB	67
a) Institutioneller Aufbau der EZB und deren Status als Unionsorgan gem Art 13 EUV	67
b) Verschiedene Facetten der Zentralbankunabhängigkeit	70
c) Demokratische Kontrolle der EZB	71
4. Art 127 Abs 6 AEUV als kontroverse Ermächtigungsgrundlage für die Errichtung des SSM	73
5. SSM-bedingte institutionelle Änderungen innerhalb der EZB	80
6. Die Kooperation zwischen der EZB und den Europäischen Aufsichtsagenturen	83
a) Kooperation mit der EBA	83
b) Verhältnis zum ESRB	84
<i>E. Wesentliche Regelungsaspekte der SSM-VO</i>	85
I. Anwendungsbereich der SSM-VO	85
II. Die prudentiellen Aufsichtsaufgaben und -befugnisse der EZB	88
1. Mikroprudentielle Aufsichtsaufgaben	88
2. Zusammenwirken der EZB mit den NCAs	90
3. Differenzierung zwischen bedeutenden und weniger bedeutenden Kreditinstituten	91
4. Makroprudentielle Aufsichtsaufgaben	94
5. Die Befugnisse der EZB im SSM	94

<i>F. Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus und die Gemeinsame Einlagensicherung als zweite und dritte Säule der Bankenunion</i>	97
I. Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus	97
II. Die Gemeinsame Einlagensicherung	104
<i>G. Die materiellen Aufsichtsstandards des Einheitlichen Regelwerks</i>	107
I. Komponenten des Einheitliches Regelwerks	107
II. Die <i>Capital Requirements Directive IV</i> und die <i>Capital Requirements Regulation</i> als elementare Rechtsakte des Einheitliches Regelwerks . .	111
<i>H. Zwischenfazit</i>	114
2. Teil: Die außervertragliche Haftung der EZB gem Art 340 Abs 3 AEUV wegen rechtswidriger Bankenaufsicht . . .	117
<i>A. Einführung</i>	117
<i>B. Haftungsbegriff</i>	120
<i>C. Zwecke der außervertraglichen Haftung gem Art 340 Abs 3 AEUV</i>	122
I. Relevanz der Haftungszwecke	122
II. Schadensausgleich als primärer Haftungszweck	123
III. Individualrechtsschutz	125
IV. Integrationsförderung und Prävention	127
V. Die Funktionsfähigkeit der Unionsorgane als Korrektiv	130
<i>D. Zulässigkeitsvoraussetzungen der Schadensersatzklage gem Art 268 AEUV</i>	131
<i>E. Die Zuständigkeit des EU-Gerichtshofs für Schadensersatzklagen gegen die EZB</i>	134
I. Die Gerichtszuständigkeit im Allgemeinen	134
II. Gerichtszuständigkeit bei Verstoß der EZB gegen nationales Recht . . .	135
1. Institutioneller versus materieller Ansatz	135
2. Rolle der innerstaatlichen Gerichte bei der Anwendung des nationalen Rechts als Prüfungsmaßstab	141
<i>F. Die Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs gem Art 340 Abs 3 AEUV</i>	145
I. Einführende Überlegungen	145
II. Art 340 Abs 3 AEUV als <i>lex specialis</i> zu Abs 2	146
III. Die rudimentär in Art 340 AEUV kodifizierten Anspruchsvoraussetzungen	148
IV. Kohärenz der Haftung gem Art 340 Abs 3 AEUV mit der unionsrechtlich begründeten Staatshaftung	149
V. Die EZB und ihre Bediensteten	150

1. Immunität der EZB-Bediensteten	150
2. Organe der EZB und Bedienstetenbegriff	151
3. Innenausgleich im Haftungsfall	153
4. Zurechnung der NCAs zur EZB gem der Theorie des <i>dédoublement fonctionnel</i> ?	156
5. Zurechnung der NCAs zur EZB gem der Theorie von der Organleihe?	159
VI. Das Verhalten in Ausübung einer Amtstätigkeit	164
1. Normatives oder administratives Handeln oder Unterlassen	164
2. Ausübung einer Amtstätigkeit und Abgrenzung zur vertraglichen Haftung der EZB	168
a) Unmittelbare innere Beziehung zu den Aufgaben der EZB	168
b) Abgrenzung zur vertraglichen Haftung	168
3. Allgemeine Handlungsformen der EZB gem Art 132 Abs 1 AEUV iVm Art 34.1. ESZB-Satzung	170
4. Handlungsformen der EZB im SSM und deren Rechtswirkungen	172
a) Empfehlungen	172
b) Verordnungen	174
c) Individuell-konkrete und generell-abstrakte Beschlüsse	175
d) Leitlinien	177
e) Allgemeine Weisungen und konkrete Anweisungen	180
f) Sonstige administrative Verhaltensweisen der EZB gem der SSM-VO	183
VII. Der hinreichend qualifizierte Verstoß	185
1. „Schlichte“ Rechtswidrigkeit des Verhaltens wegen Verstoßes gegen Verhaltensgebote oder -verbote	185
2. Rechtswidriges Verhalten der EZB in Form des Verstoßes gegen Schadensabwendungspflichten	186
a) Direkte Schädigung durch Unterlassen und mittelbare Schädigung durch Verstoß gegen Schadensabwendungspflichten	186
b) Differenzierung zwischen abstrakten und konkreten Schadensabwendungspflichten	188
c) Ableitung abstrakter Schadensabwendungspflichten der EZB aus den Interventionsrechten im SSM	191
3. Kriterien für die Beurteilung der hinreichenden Qualifikation eines Verstoßes	194
a) Einführende Anmerkungen	194
b) Offenkundige und erhebliche Überschreitung der Ermessensgrenzen	195
c) Maßgeblichkeit des sorgfaltswidrigen Verhaltens	200
d) Relevanz des Verschuldens	210
e) Grundsätzliche Überlegungen zum Ermessen der EZB im SSM	212

f) Verantwortungsabgrenzung über das Kriterium der Pflichtwidrigkeit bei arbeitsteiligem Zusammenwirken der EZB mit den NCAs	217
4. Zur Diskussion über die Haftung für rechtmäßiges Verhalten und die Gefährdungshaftung	218
VIII. Die Verleihung von Rechten an Einzelne	221
1. Die Voraussetzung der individualrechtsverleihenden Norm in der EuGH-Judikatur	221
2. Die deutsche Schutznormlehre als Strukturmodell	224
3. Die extensive Auslegung des Kriteriums der individualrechts- verleihenden Norm im Sinne des Art 340 Abs 3 AEUV	227
4. Von der EZB bei der Bankenaufsicht anzuwendende Normen	229
a) Die EZB als Adressatin der Unionsgrundrechte	229
(aa) Grundsätzliche Überlegungen	229
(bb) Das Eigentumsrecht gem Art 17 der Charta	232
(cc) Die Berufsfreiheit und das Recht zu arbeiten gem Art 15 sowie das Recht auf unternehmerische Freiheit gem Art 16 der Charta	235
(dd) Das Recht auf Achtung des Privatlebens gem Art 7 der Charta	238
(ee) Der Schutz personenbezogener Daten gem Art 8 der Charta	240
b) Weiteres geschriebenes und ungeschriebenes Primärrecht	243
c) Sekundär- und Tertiärrecht	246
d) Internationales Recht	247
e) Nationales Recht	248
IX. Der Schaden und der Umfang des Ersatzanspruchs	249
1. Ersatzfähigkeit des materiellen und des immateriellen Schadens	249
2. Die Mitwirkung der Geschädigten an der Schadensentstehung und die unterlassene Schadensminderung	253
a) Relevanz von Schadensabwendungs- und Schadensminderungsobliegenheiten	253
b) Implikationen für die Haftung der EZB wegen rechtswidriger Bankenaufsicht	257
X. Der Kausalzusammenhang zwischen dem Verstoß und dem Schaden	259
1. Die Äquivalenz- oder Bedingungstheorie als erster Grobfilter	259
2. Berücksichtigung der Adäquanz und des Rechtswidrigkeits- zusammenhangs beim hinreichend unmittelbaren Kausalzusammenhang	261
3. Die Theorie von der Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	264
a) Definition	264
b) Anknüpfung an den zeitlich ersten oder letzten schädigenden Akt	266
c) Die rechtliche Eigenständigkeit des Schädigungsbeitrags als maßgebliches Unterbrechungskriterium	268

4. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	271
XI. Zwischenfazit	273
3. Teil: Spezialfragen der außervertraglichen Haftung der EZB im Rahmen der europäischen Bankenaufsicht	281
A. <i>Haftungsbezogene Verantwortungsabgrenzung bei einer arbeitsteiligen Schädigung durch die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden</i>	281
I. Einführung	281
II. Zur Mischverwaltung in der Union und dem Trennungsprinzip	282
III. Zur Mischverwaltung im SSM	284
IV. Verantwortungsabgrenzung bei der Mischverwaltung im SSM	285
1. Verantwortung der EZB bei Mitwirkung an der laufenden Aufsicht über weniger bedeutende Kreditinstitute	285
2. Verantwortung der EZB bei der laufenden Aufsicht über bedeutende Kreditinstitute unter Mitwirkung der NCAs	287
3. Verantwortlichkeit der EZB bei den Gemeinsamen Verfahren	291
4. Weisungsrechte der EZB bei enger Zusammenarbeit gem Art 7 SSM-VO	294
5. Schädigendes Verhalten der EZB und der NCAs im Sinne kumulativer Kausalität	295
V. Zwischenfazit	296
B. <i>Das Verhältnis der Schadensersatzklage zu weiteren unionsrechtlichen und innerstaatlichen Rechtsschutzinstrumenten</i>	297
I. Subsidiarität zu auf Beseitigung, Erstattung oder Zahlung gerichteten nationalen Rechtsschutzinstrumenten	297
II. Subsidiarität gegenüber der unionsrechtlichen Staatshaftungs- und der innerstaatlichen Amtshaftungsklage	299
1. Verhältnis der Rechtsschutzinstrumente bei direkter Schädigung durch die EZB	299
2. Verhältnis der Rechtsschutzinstrumente bei der Verletzung von Schadensabwendungspflichten	304
III. Subsidiarität bei direkter Schädigung von Dritten durch die Aufsichtsobjekte und Verletzung von Schadensabwendungspflichten durch die EZB	304
IV. Das Verhältnis der Schadensersatzklage zu weiteren primärrechtlich vorgesehenen Klagen	306
1. Die Klage zur Durchsetzung von Bereicherungsansprüchen	306
2. Das Verhältnis zur Nichtigkeitsklage gem Art 263 AEUV	307
3. Das Verhältnis zur Untätigkeitsklage gem Art 265 AEUV	312
V. Zwischenfazit	313

C. Die Finanzierung der Haftungskosten der EZB	314
I. Die Finanzierung der Aufsichtstätigkeit durch Aufsichtsgebühren	314
II. Die Diskussion über die Finanzierung der Amtshaftungskosten in Deutschland und in Österreich	318
III. Unionsrechtliche Zulässigkeit einer Überwälzung der Haftungskosten der EZB auf die Beaufsichtigten	320
IV. Zwischenfazit	328
D. Die Berechtigung von Einlegern <i>durch das EU-Aufsichtsregelwerk</i>	329
I. Einführung	329
II. Allgemein zur Auslegung des Unionsrechts: Auslegungsziel und Verhältnis der Auslegungsmethoden zueinander ..	333
III. Grammatikalische Auslegung der SSM-Aufsichtsnormen	336
IV. Systematisch-teleologische Auslegung der Aufsichtsnormen	337
1. Zur Methode	337
2. Zweck der SSM-VO sowie der SSM-Rahmen-VO	338
3. Einlegerschutz als Zweck der CRR und der CRD IV?	343
4. Aus den primärrechtlichen Kompetenzgrundlagen ableitbare Zwecke unter Beachtung des EuGH-Urteils in der Rs <i>Paul ea</i>	344
a) Der Wortlaut der primärrechtlichen Kompetenzgrundlagen	344
b) Die Verneinung von Einlegerrechten in der Rs <i>Paul ea</i>	345
c) Übertragbarkeit der <i>Paul-ea</i> -Judikatur auf die Haftung der EZB im SSM?	347
5. Berücksichtigung des Zwecks der Rechtsakte zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und der Einlagensicherung	350
6. Einbeziehung des Zwecks der Rechtsakte des Europäischen Systems der Finanzaufsicht	353
7. Implikationen der allgemeinen Zwecke der außervertraglichen Haftung gem Art 340 Abs 3 AEUV	355
a) Schadensausgleichsfunktion	355
b) Gewährleistung des Individualrechtsschutzes	356
c) Präventionsfunktion	356
d) Erhaltung der Funktionsfähigkeit der EZB als Korrektiv	357
V. Ermittlung des historischen Normzwecks	362
1. Zur Methode	362
2. Historische Auslegung der EU-Aufsichtsregelungen	364
3. Die Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht als Modell des EU-Bankenaufsichtsrechts	367
VI. Grundrechtskonformität des Auslegungsergebnisses	369
1. Zur Methode	369
2. Beachtung des Eigentumsrechts gem Art 17 der Charta	372
3. Relevanz des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht gem Art 47 der Charta?	374

4. Implikationen des Gleichheitssatzes	375
VII. Haftung für rechtswidrige Bankenaufsicht in den Mitgliedstaaten der EU	376
VIII. Zwischenfazit	380
IX. Grundsätzliche Anmerkungen zur Berechtigung der beaufsichtigten Kreditinstitute selbst	383
X. Implikationen des Auslegungsergebnisses	387
1. Konsequenzen der Bejahung von Einlegerrechten für das nationale Haftungsrecht	387
2. Notwendigkeit und primärrechtliche Zulässigkeit einer klarstellenden unionsrechtlichen Haftungsregelung <i>de lege ferenda?</i>	390
 Gesamtfazit und Beantwortung der Forschungsfragen	397
Abstract (deutsch)	415
Abstract (englisch)	416
 Literaturverzeichnis	417
<i>A. Monographien, Sammelwerke, Kommentare, Beiträge in Fachzeitschriften</i>	417
<i>B. Internetquellen</i>	452
 Zitierte Normen, sonstige Rechtsakte und Materialien von nationalen, internationalen und EU-Organen	455
 Judikaturverzeichnis	465
<i>A. Judikatur des Gerichtshofs der EU und Schlussanträge</i>	465
<i>B. Judikatur des EGMR</i>	470
<i>C. Judikatur nationaler Gerichte</i>	470
Deutschland	470
Österreich	470
Vereinigtes Königreich	470
 Sachverzeichnis	471

Abkürzungsverzeichnis

Da die europäische Bankenaufsicht von der Verwendung zahlreicher Akronyme und Abkürzungen geprägt ist, wird auch in der vorliegenden Untersuchung auf die gängigen Kurzbezeichnungen zurückgegriffen. Diese basieren mitunter auf der jeweiligen englischen Langbezeichnung, sofern diese auch im deutschsprachigen Raum in den juristischen Sprachgebrauch Eingang gefunden hat.¹

Die Langformen der in der Untersuchung verwendeten Kurzbezeichnungen zitierter Werke werden nicht separat im Abkürzungsverzeichnis angeführt. Diese finden sich stattdessen in dem der Arbeit am Ende angefügten Literaturverzeichnis.

aA	anderer Ansicht
ABGB	österreichisches Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AHG	österreichisches Amtshaftungsgesetz
Anm der Verf	Anmerkung der Verfasserin
Art	Artikel
BaFin	deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BaSAG	österreichisches Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken
BCBS	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (<i>Basel Committee on Banking Supervision</i>)
BCCI	<i>Bank of Credit and Commerce International</i>
BeSt	Beamtenstatut der EU
BGB	deutsches Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	deutscher Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des deutschen Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BlgNR	Beilage(-n) zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
BRRD	RL über die Sanierung und Abwicklung von Banken (<i>Bank Recovery and Resolution Directive</i>)
BSB	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union
BVerfG	deutsches Bundesverfassungsgericht

¹ Siehe beispielsweise ErwGr 1 der deutschen Fassung der SSM-Rahmen-VO (zur VO vgl 1.D.II.4 Fn 440), in dem vom SSM (*Single Supervisory Mechanism*) sowie von den NCAs (*National Competent Authorities*) gesprochen wird.

BVerfGE	Entscheidungssammlung des deutschen Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	deutsches Gesetz über das BVerfG
BVerwG	deutsches Bundesverwaltungsgericht
B-VG	österreichisches Bundes-Verfassungsgesetz
BWG	österreichisches Bankwesengesetz
bzw	beziehungsweise
ca	zirka
CET 1	Hartes Kernkapital (<i>Common Equity Tier 1</i>)
Charta	Charta der Grundrechte der EU
CRD	Kapitaladäquanz-RL (<i>Capital Requirements Directive</i>)
CRR	Kapitaladäquanz-VO (<i>Capital Requirements Regulation</i>)
D	Deutschland
dBGBl	deutsches Bundesgesetzblatt
ders	derselbe
dies	dieselbe(-n)
dOLG	deutsches Oberlandesgericht
DSB	Streitbeilegungsgremium (<i>Dispute Resolution Body</i>)
ea	und andere (<i>et al.</i>)
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (<i>European Banking Authority</i>)
ECOFIN	Rat für Wirtschaft und Finanzen (<i>Economic and Financial Affairs Council</i>)
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP (<i>Committee on Economic and Monetary Affairs</i>)
ECU	Europäische Währungseinheit (<i>European Currency Unit</i>)
EDIRA	Europäische Einlagensicherungs- und Abwicklungsbehörde (<i>European Deposit Insurance and Resolution Authority</i>)
EDIS	Europäisches Einlagensicherungssystem (<i>European Deposit Insurance Scheme</i>)
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EG	Europäische Gemeinschaft(-en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf	Einführung
Einl	Einleitung
EinSiG	deutsches Einlagensicherungsgesetz
EIOPA	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (<i>European Insurance and Occupational Pensions Authority</i>)
EKHG	österreichisches Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
ER	Europäischer Rat
ErlRV	Erläuterungen zur Regierungsvorlage

ErwGr	Erwägungsgrund
ESAEG	österreichisches Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz
ESAs	Europäische Aufsichtsagenturen (<i>European Supervisory Authorities</i>)
ESFS	Europäisches System der Finanzaufsicht (<i>European System of Financial Supervision</i>)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (<i>European Securities and Markets Authority</i>)
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (<i>European Systemic Risk Board</i>)
ESRC	Europäischer Rat für Systemrisiken (<i>European Systemic Risk Council</i>)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuG	Gericht (im Sinne des Art 19 EUV, vor dem VvL Gericht erster Instanz der EU)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGÖD	Gericht für den öffentlichen Dienst der EU
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
f	und der, die folgende
ff	und die folgenden
FinDAG	deutsches Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
FMA	österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde
FMABG	österreichisches Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz
FMSA	deutsche Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung
Fn	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/Generalanwältin/Generalanwälte
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (<i>General Agreement on Trade in Services</i>)
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (<i>General Agreement on Tariffs and Trade</i>)
GBR	Großbritannien
gem	gemäß
GG	deutsches Grundgesetz
GP	Gesetzgebungsperiode
GS	Gedächtnisschrift
Hg	Herausgeber
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
ICAAP	Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals (<i>Internal Capital Adequacy Assessment Process</i>)

idF	in der Fassung
IFRS	Internationale Rechnungslegungsvorschriften (<i>International Financial Reporting Standards</i>)
ITS	Technische Durchführungsstandards (<i>Implementing Technical Standards</i>)
iVm	in Verbindung mit
JSTs	Gemeinsame Aufsichtsteams (<i>Joint Supervisory Teams</i>)
KOM	Europäische Kommission
krit	kritisch
KWG	deutsches Gesetz über das Kreditwesen
leg cit	des zitierten Gesetzes (<i>legis citatae</i>)
Lfg	Lieferung
lit	Buchstabe (<i>litera</i>)
LOLR	Kreditgeber letzter Instanz (<i>Lender Of Last Ressort</i>)
MAR	Marktmissbrauchs-VO (<i>Market Abuse Regulation</i>)
ME	Ministerialentwurf
MiFID	RL über Märkte für Finanzinstrumente (<i>Markets in Financial Instruments Directive</i>)
MiFIR	VO über Märkte für Finanzinstrumente (<i>Markets in Financial Instruments Regulation</i>)
MoU	Absichtserklärungen (<i>Memoranda of Understanding</i>)
mwH	mit weiteren Hinweisen
mwN	mit weiteren Nachweisen
NCA(-s)	nationale zuständige Aufsichtsbehörde(-n) (<i>National Competent Authority/Authorities</i>)
Nr	Nummer
NZB(-s)	Nationale Zentralbank(-en)
Ö	Österreich
öBGBl	österreichisches Bundesgesetzblatt
OeNB	Österreichische Nationalbank
OGH	österreichischer Oberster Gerichtshof
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (<i>Office Européen de Lutte Anti-Fraude</i>)
OLG	Oberlandesgericht
OMT	geldpolitische <i>Outright</i> -Geschäfte (<i>Outright Monetary Transactions</i>)
ONDs	Optionen und Ermessensspielräume (<i>Options and National Discretions</i>)
PETL	Grundsätze des europäischen Deliktsrechts (<i>Principles of European Tort Law</i>)
RGBI	österreichisches Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie(-n)
Rn	Randnummer(-n)
Rs	Rechtssache(-n)
RTS	Technische Regulierungsstandards (<i>Regulatory Technical Standards</i>)
S	Seite
SA	Schlussanträge
SAG	deutsches Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
Slg	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs
SRB	Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (<i>Single Resolution Board</i>)

SREP	Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung (<i>Supervisory Review and Evaluation Process</i>)
SRF	Einheitlicher Abwicklungsfonds (<i>Single Resolution Fund</i>)
SRM	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (<i>Single Resolution Mechanism</i>)
SRP	Aufsichtliches Überprüfungsverfahren (<i>Supervisory Review Process</i>)
SSB	Aufsichtsgremium (<i>Single Supervisory Board</i>)
SSM	Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus (<i>Single Supervisory Mechanism</i>)
StGG	österreichisches Staatsgrundgesetz
sublit	Unterbuchstabe (<i>sublitera</i>)
TS	Teilstrich
ua	unter anderem
UAbs	Unterabsatz
verb	verbundene
VfGH	österreichischer Verfassungsgerichtshof
VfO	Verfahrensordnung
vgl	vergleiche
VO	Verordnung(-en)
VvL	Vertrag von Lissabon
VwGO	deutsche Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	deutsches Verwaltungsverfahrensgesetz
WTO	Welthandelsorganisation (<i>World Trade Organization</i>)
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
Z	Ziffer
zB	zum Beispiel
ZP	Zusatzprotokoll

Einleitung

A. Zur Relevanz und Notwendigkeit der Untersuchung

Die Frage nach der Haftung für Schäden aus rechtswidriger Bankenaufsicht hat in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) kontroverse Diskussionen entfacht und zu divergierenden nationalen Antworten geführt. Diese reichen von der gänzlichen Haftungsbefreiung der nationalen Aufsichtsbehörden bis hin zu deren vollumfänglicher Haftung.¹

Mit der Errichtung des Einheitlichen Europäischen Aufsichtsmechanismus (SSM – *Single Supervisory Mechanism*) als erste Säule der Europäischen Bankenunion wurden die Karten in Hinblick auf die Haftungsfrage neu gemischt. Denn seit 4. 11. 2014 beaufsichtigen nicht mehr bloß die nationalen Behörden die 124 Gruppen, die sich aus 951 Unternehmen und hierbei vor allem aus den bedeutendsten Kreditinstituten der Eurozone zusammensetzen.² Stattdessen liegt die Aufsicht nun überwiegend in den Händen der Europäischen Zentralbank (EZB). Ergänzend zum SSM treten der Einheitliche Abwicklungsmechanismus sowie die Gemeinsame Einlagensicherung als zweite und dritte Säule der Bankenunion hinzu.³

¹ Allein in D ist die Frage nach der Haftung der nationalen Bankenaufsichtsbehörde Gegenstand zahlreicher Abhandlungen, wie etwa von *Böhme*, Staatshaftung für fehlerhafte Bankenaufsicht, *passim*; *Brendle*, Amtshaftung für fehlerhafte Bankenaufsicht, *passim*; *Binder*, WM 38 (2005) 1781 ff; *Cremer*, JuS 7 (2001) 643 ff; *von Danwitz*, JZ 14 (2005) 729 ff; *Forkel*, BKR 5 (2008) 183 ff; *Gratias*, Staatshaftung für fehlerhafte Banken- und Versicherungsaufsicht, *passim*; *Habscheid*, Staatshaftung für fehlsame Bankenaufsicht, *passim*; *Häde*, EuZW 2 (2005) 39 ff; *Hafke*, ZfgK 8 (2005) 409 ff; *Höhns*, Die Aufsicht über Finanzdienstleister 85 ff; *Lenz*, NVwZ 1 (2010) 29 ff; *Nicolaysen* in GS Martens 663 ff; *Nießgens* in FS Gelzer 293 ff; *Papier* in Maunz ea Art 34 GG Rn 182–190; *Schenke/Ruthig*, NJW 36 (1994) 2324; *Sethe* in FS Hopt 2549 ff; *Starke*, WM 51/52 (1979) 1402 ff; *Triantafyllou*, Haftungsrechtliche Probleme, *passim*; *ders*, EuR 5 (2010) 585 ff. Zur Haftung für rechtswidrige Bankenaufsicht in Ö siehe vor allem *Bauer* in Lienbacher/Wielinger 223 ff; *Herbst*, ÖBA 4 (1998) 278 ff; *Karner*, ÖBA 2007, 794 ff; *Mader* in Gruber/Raschauer N § 3 FMABG; *Rabl*, ZFR 5 (2009) 186 ff; *Raschauer B*, ÖJZ 1 (2005) 1 ff; *Raschauer N*, Aktuelle Strukturprobleme 776 ff; *Rebhahn*, ÖBA 4 (2004) 267 ff; *ders*, ÖZW 1 (2017); *Winternitz*, ZFR 5 (2009) 183 ff.

² Die Liste der beaufsichtigten Banken per 1. 4. 2017 stellt die EZB unter <https://www.bankingsupervision.europa.eu/ecb/pub/pdf/list_of_supervised_entities_201704.en.pdf?cf307b8bc923b7869e40e0efffeb712> zur Verfügung; vgl auch EZB, Leitfaden zur Bankenaufsicht (2014) 11 sowie EZB, Jahresbericht zur Aufsichtstätigkeit 2016, 38.

³ Einen Überblick über die Bankenunion gibt die Europäische Kommission unter <ec.europa.eu/finance/general-policy/banking-union/index_de.htm>.

Aufgrund der neuen Aufsichtsstruktur, die als bemerkenswerter Erfolg in der Integrationsgeschichte der EU gefeiert wird,⁴ müssen die bisher überwiegend innerstaatlich geführten Haftungsdiskussionen neu entfacht und nunmehr von sämtlichen am SSM teilnehmenden Mitgliedstaaten vordergründig aus dem Blickwinkel des Unionsrechts geführt werden.

Den Impetus für den innerhalb von rund zwei Jahren errichteten SSM gab die durch die Insolvenz der US-Investmentbank *Lehman Brothers* im Jahr 2008 zugespitzte, multikausale Finanz- und Staatsschuldenkrise. Denn die Krise führte drastisch die Schwächen einer im Wesentlichen auf das jeweilige Staatsgebiet beschränkten Bankenaufsicht vor Augen. Die Hochzoning der Aufsicht auf die Unionsebene sollte das zum Vorschein getretene Aufsichtsdefizit überwinden, damit die Finanzmarktstabilität wiederherstellen sowie erhalten und letztlich den krisenverschärfenden Teufelskreis zwischen der Bankenrettung und den Staatsschulden durchbrechen.⁵

Die umfassende Betrauung mit Aufsichtsaufgaben und die Konzentration von weitgehenden Eingriffsbefugnissen bei der EZB birgt aber die Gefahr eines aufsichtlichen Fehlverhaltens in sich. Zum einen steckt der SSM nämlich erst in seinen Kinderschuhen. Demnach müssen sich die rund 1.000 von der EZB innerhalb eines Jahres für die Bankenaufsicht neu unter Vertrag genommenen Mitarbeiter⁶ innerhalb kürzester Zeit mit ihrer neuen Rolle in der weitgehend zentralisierten europäischen Bankenaufsicht⁷ vertraut machen und sich im komplexen Regelungsdschungel⁸ des Bankenaufsichtsrechts zurechtfinden.⁹ Folglich ist mit Anlaufschwierigkeiten zu rechnen, die das – selbst bei einer bereits seit längerem etablierten Aufsicht nicht gänzlich zu eliminierende – Risiko der fehlerhaften Ausübung von Aufsichtsbefugnissen erhöhen.¹⁰

⁴ So etwa *Thiele*, *GewArch* 4 (2015) 160 (II); ähnlich *Krauskopf ea*, *Banking & Financial Law Review* 29 (2014) 268.

⁵ Vgl. *ErwGr* 2 und Art 1 SSM-VO (zur SSM-VO siehe unten 1.C.III.2.b) Fn 282) sowie die Mitteilung der Kommission KOM (2012) 510 endg vom 12. 9. 2012, 2 f. Ausführlich zur Errichtung der Bankenunion mit dem SSM als deren erste Säule 1.C.III.2.

⁶ *EZB*, Jahresbericht zur Aufsichtstätigkeit 2015, 18 f.; konkret ist dabei von 1.073,5 Stellen bis 2015 die Rede; im Jahr 2016 traten weitere 160 Stellen hinzu (siehe auch *EZB*, Jahresbericht zur Aufsichtstätigkeit 2016, 64).

⁷ Zu diesem Begriff siehe unten 1.B.I., insbesondere Fn 3.

⁸ So spricht etwa *Siekmann* von der „Unlesbarkeit“ des Aufsichtsrechts und der fehlenden Klarheit und Verständlichkeit der Normen (Die Neuordnung der Finanzmarktaufsicht, DV 1 [2010] 112). Ähnlich *Athanassiou*, *Yearbook of EU law* 253 („complexity of the contemporary financial universe“); *Gurlit*, *ZHR* 6 (2013) 869 („Mammutwerk“); *Kaufhold*, DV 3 (2016) 340 („nur noch schwer überschaubar“); *Veil*, *ZGR* 5 (2014) 600, 604 („Komplexität der Finanzmarktregulierung“, „Regulierungstsunami“); *Wymeersch* in *Busch/Ferrarini* § 4 Rn 4.16 („regulatory complexity“).

⁹ Siehe etwa den *De-Larosière*-Bericht, in dem sogar von einer fehlenden Fachkompetenz der EZB in Bezug auf die Aufsicht die Rede ist (Bericht der hochrangigen Expertengruppe für Finanzaufsicht vom 25. 2. 2009 Rn 171; näher dazu 1.C.II).

¹⁰ Vgl. *Athanassiou*, *Yearbook of EU law* 253.

Zum anderen sind auch die nationalen Aufsichtsbehörden (NCAs – *National Competent Authorities*; in Deutschland daher die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht [BaFin] und in Österreich die Finanzmarktaufsichtsbehörde [FMA])¹¹ gefordert, sich von ihrem bisherigen Selbstverständnis als exklusiv kompetente Aufsichtsbehörde des jeweiligen Mitgliedstaats zu lösen und sich in die neuen, komplexen Verwaltungsstrukturen des SSM einzufügen. Zwar haben sich die NCAs neben der EZB ebenfalls zu einem bedeutsamen Bestandteil des insofern dichotomisch konzipierten SSM verfestigt. Ihre Rolle beschränkt sich jedoch auf die laufende Aufsicht über weniger bedeutende Kreditinstitute und die Unterstützung der EZB bei deren Aufsichtsaufgaben.¹²

Aufgrund dieser Risiken sind nicht nur die beaufsichtigten Kreditinstitute selbst, sondern in weiterer Folge auch Dritte (wie etwa das Management der Kreditinstitute, Einleger oder andere Bankkunden) der Gefahr ausgesetzt, aufgrund einer unzureichenden oder überschießenden Aufsicht¹³ massive Schäden zu erleiden.

Die Frage nach Schadensersatzansprüchen von Bankkunden wird jedoch regelmäßig erst im Fall der Abwicklung eines Kreditinstituts virulent, nämlich insbesondere wenn das Institut überschuldet oder zahlungsunfähig ist.¹⁴ Je höher daher die Wahrscheinlichkeit der Abwicklung eines Kreditinstituts ist, desto eher erleiden auch die Kunden des Kreditinstituts finanzielle Schäden und umso akuter wird letztlich die Haftungsfrage. Insbesondere ein Rückgriff auf das schier unerschöpflich anmutende öffentliche Budget erscheint dann besonders attraktiv. In Krisenzeiten gewinnt die Frage nach der Haftung sohin an Relevanz, weshalb sich spätestens dann eine intensive Auseinandersetzung mit dem Haftungsrecht als unabdingbar erweist.¹⁵

Zwar könnte man mit Blick auf die Einleger meinen, dass in Bezug auf diese spezielle Gruppe von Bankkunden die Haftung aufgrund der ohnehin weitgehend unionsrechtlich harmonisierten Einlagensicherung an Bedeutung verloren habe. Allerdings sind die Einlagen lediglich bis zu einem Betrag von 100.000

¹¹ Diese Behörden wirken weiterhin gem der innerstaatlichen Aufgabenteilung mit der Deutschen Bundesbank bzw der Österreichischen Nationalbank (OeNB) zusammen (siehe auch Art 2 Z 9 SSM-Rahmen-VO [zur VO vgl 1.D.II.4 Fn 440] sowie die Hinweise unter 1.B.III.2 Fn 297 und Fn 295).

¹² Zur Aufgabenverteilung im SSM siehe unten 1.E.II.2.

¹³ Ausführlich zur Differenzierung zwischen einer überschießenden („übermäßigen“) und einer unzureichenden („mangelhaften“) Aufsicht *Rebhahn* in Holoubek/Lang 279 ff; siehe auch die ähnliche Unterscheidung bei *Sethe* in FS Hopt 2550 f sowie bei *Theissen*, EU Banking Supervision 1114.

¹⁴ Siehe vor diesem Hintergrund die verschiedenen, in Art 32 Abs 4 der BRRD (zu dieser RL unten 1.F.I Fn 540) taxativ aufgezählten Abwicklungsgründe, zu denen neben dem Verstoß gegen die Zulassungsanforderungen (lit a), der Überschuldung (lit b), der Zahlungsunfähigkeit (lit c) auch die außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln (lit d) zählt.

¹⁵ Dahingehend auch *Böhme*, Staatshaftung für fehlerhafte Bankenaufsicht 5; *Tison*, CML Rev 3 (2005) 1.

Euro pro Einleger und Bank geschützt.¹⁶ Darüber hinaus ist aufgrund der geringen Mittelausstattung der nationalen Sicherungsfonds in der Höhe von 0,8 % der gedeckten Einlagen¹⁷ unklar, ob die Einlagensicherungssysteme im Fall eines systemischen Versagens des Finanzsystems und eines damit potentiell einhergehenden *Bank-run*¹⁸ tatsächlich in der Lage wären, die ausstehenden Einlagen zu bedienen.¹⁹ Überdies zeigen auch die Diskussionen rund um die Rettung zypriotischer Banken im Jahr 2013, dass selbst ein *Bail-in*²⁰ gedeckter Einlagen als kein völliges Tabu zu erachten ist.²¹

Abgesehen von den Klagen der Bankkunden werden im Fall der überschießenden Aufsicht oder in anderen, nicht bloß insolvenzbedingten Schadensfällen vornehmlich die der Aufsicht unterliegenden Banken oder deren Management, Eigentümer, Gesellschafter sowie Aktionäre eine Haftung der Aufsichtsbehörden ins Visier nehmen.²² Aber auch im Abwicklungsfall ist mit Schadensersatzklagen dieser Gruppen zu rechnen, zumal angesichts des mit dem Einheitlichen Abwicklungsmechanismus eingeführten *Bail-in*-Regimes die Anteilseigner und Gläubiger vorrangig selbst für die Verbindlichkeiten der abzuwickelnden, weil möglicherweise insolventen Bank einzustehen haben. Somit sinkt zukünftig auch die Wahrscheinlichkeit eines *Bail-out*, daher einer Rettung der Banken durch den Staat.²³

Letztendlich stellt sich deshalb aus der Sicht der Geschädigten die Frage, welche rechtlichen Instrumente ihnen zum Zweck der Kompensation bereits eingetretener Schäden zur Verfügung stehen und im Speziellen, ob sie zu diesem Zweck eine Schadensersatzklage gegen die für die konkrete Bank zuständige Aufsichtsbehörde erheben können.

¹⁶ Gem Art 6 der Einlagensicherungs-RL (neu); im Einzelnen zur Gemeinsamen Einlagensicherung 1.F.II; zur RL siehe 1.B.I Fn 25.

¹⁷ Gem Art 10 Abs 2 der Einlagensicherungs-RL (neu).

¹⁸ Bei einem *Bank-Run* führen Gerüchte „um eine drohende Insolvenz eines Kreditinstitutes zu einer Art Wettrennen, wer am schnellsten seine Einlagen in Sicherheit bringen kann“. Aus dem Abzug der Einlagen resultiert schließlich die Zahlungsunfähigkeit des vom *Bank-run* betroffenen Kreditinstituts (*Glatzl*, Geldpolitik und Bankenaufsicht 148).

¹⁹ Ebenso an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit zweifelnd *Ohler* in Ruffert § 10 Rn 78 sowie *Triantafyllou*, EuR 5 (2010) 592.

²⁰ Zu diesem im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus besonders relevanten Begriff, siehe 1.F.I).

²¹ Dazu *Corti Varela* in Hinojosa-Martinez/Beneyto § 9.02. Zur später korrigierten Entscheidung der Eurogruppe über den *Bail-in* gedeckter Einlagen bei zypriotischen Banken siehe auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. 3. 2013: <faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/zypern/streit-um-beteiligung-der-kleinsparer-verursacher-des-zypern-chaos-schieben-sich-die-schuld-gegenseitig-zu-12119764.html>. Siehe ferner den historischen Abriss über die finanzpolitischen Entwicklungen in Zypern in den Jahren 2012 und 2013 in EuGH verb Rs C-8/15 P bis 10/15 P (*Ledra Advertising ea*) Rn 14–24.

²² Siehe *Athanassiou*, Yearbook of EU law 215; *Rebhahn* in Holoubek/Lang 279.

²³ *Rebhahn*, ZÖR 3 (2014) 292; *ders*, ÖZW 1 (2017) 4.

Neben den Geschädigten müssen aber auch die EZB und die NCAs als kompetente Aufsichtsbehörden im SSM daran interessiert sein, Klarheit über ihr Haftungsrisiko und die damit einhergehenden rechtlichen Implikationen zu erlangen. Diese Klarheit ermöglicht es der EZB und den NCAs nicht bloß, bereits im Vorfeld die Weichen für die Reduktion der Haftungsgefahr zu stellen, sondern auch – dem Risikoausmaß entsprechend – Vorkehrungen für den tatsächlichen Eintritt des Haftungsfalls zu treffen. Denn da die von der EZB beaufsichtigten Institute in etwa 85 % des Bankvermögens der Eurozone repräsentieren,²⁴ können die Schadenssummen, etwa bei der rechtswidrigen Schließung einer bedeutenden Bank, astronomische Höhen erreichen und erfolgreiche Schadensersatzklagen folglich zu massiven finanziellen Konsequenzen für die EZB führen. Aber auch angesichts der Implikationen einer Haftung für die Reputation und die Funktionsweise der europäischen Bankenaufsicht erscheint es für die Aufsichtsbehörden angezeigt, sich näher mit ihrem Haftungsrisiko auseinanderzusetzen.²⁵

Aufgrund der aufgezeigten Relevanz der Haftungsthematik steht die rechtliche Verantwortlichkeit für Schäden, die sich auf eine rechtswidrige Bankenaufsicht zurückführen lassen, im Zentrum der vorliegenden Untersuchung. Ein zusätzlicher Fokus liegt hierbei auf der Haftung der EZB selbst, zumal diese das institutionelle Herzstück des SSM bildet und ihr die laufende Aufsicht über die bedeutendsten Banken der Eurozone obliegt. Außerdem zeichnet die EZB allgemein für das wirksame Funktionieren der europäischen Bankenaufsicht verantwortlich.²⁶

Da zwischen der EZB und den beaufsichtigten Kreditinstituten kein Vertragsverhältnis im Sinne des Art 340 Abs 1 AEUV besteht, kommt als Rechtsgrundlage für einen Schadensersatzanspruch als Rechtsfolge der Haftung lediglich Art 340 Abs 3 AEUV als primärrechtliche Bestimmung über die außervertragliche Haftung der EZB iVm Art 35.3. der ESZB-Satzung in Betracht. Diese Haftung ist gegenwärtig als Unrechtshaftung konzipiert,²⁷ weshalb die Rechtswidrigkeit des Verhaltens eine konstitutive Voraussetzung für den Schadensersatzanspruch bildet. Selbige Rechtsgrundlage ist hinsichtlich der EZB-Haftung gegenüber geschädigten Dritten heranzuziehen. Das Augenmerk liegt somit nicht auf den privatrechtlichen Ansprüchen der Geschädigten gegenüber den Banken, sondern auf dem aus der außervertraglichen Haftung der EZB resultierenden Schadensersatzanspruch.

²⁴ Vgl *EZB*, Leitfaden zur Bankenaufsicht 111–113; zu den absoluten Zahlen *EZB*, Jahresbericht zur Aufsichtstätigkeit 2015, 57 sowie *EZB*, Jahresbericht zur Aufsichtstätigkeit 2016, 38.

²⁵ Sinngemäß *Athanassiou*, Yearbook of EU law 221 f.

²⁶ Gem Art 6 Abs 1 SSM-VO (zur SSM-VO siehe unten 1.C.III.2.b) Fn 282).

²⁷ Zur zukünftig nicht ausgeschlossenen Einführung einer Haftung für rechtmäßiges Verhalten siehe unten 2.F.VII.4.

Von der Haftung abzugrenzen ist die in der vorliegenden Untersuchung lediglich peripher tangierte Frage nach der politischen Verantwortlichkeit der EZB. Diese Frage stellt sich insbesondere bei einem *Bail-out*, wenn also am Ende die steuerzahlende Bevölkerung für die abzuwickelnden, nicht ordnungsgemäß beaufsichtigten Banken in die Bresche springt und die drohenden Verluste der Anteilseigner und Gläubiger auffängt. Die wesentlichen Instrumente der politischen Verantwortlichkeit bilden die der EZB obliegenden Rechenschafts- und Berichterstattungspflichten gegenüber dem Europäischen Parlament (EP), dem Rat, der Kommission, der Euro-Gruppe und den nationalen Parlamenten sowie die Prüfung der Verwaltungsführung durch den Europäischen Rechnungshof.²⁸

Das Schrifttum lässt bislang eine nähere Auseinandersetzung mit den im Rahmen der europäischen Bankenaufsicht neu aufgetretenen Haftungsfragen vermissen. Entweder wurde lediglich die nationale Haftungsproblematik²⁹ oder die außervertragliche Haftung der EZB im Bereich der Geldpolitik³⁰ beleuchtet. Ferner oszillieren die rechtswissenschaftlichen Abhandlungen zum SSM im Wesentlichen zwischen einer Erörterung der institutionellen Grundfesten der Bankenunion und den verwaltungsrechtlichen Strukturen im SSM. Insofern wird mit der Frage nach der Haftung der EZB für ihr rechtswidriges Aufsichtsverhalten weitgehend juristisches Neuland betreten.³¹

Die bisher unzulängliche rechtsdogmatische Aufarbeitung der Haftungsproblematik im SSM mag zum einen daran liegen, dass die europäische Bankenaufsicht erst Ende 2014 operativ tätig wurde und bis dato³² erst zwei Schadensersatzklagen³³ wegen rechtswidriger Aufsicht im SSM beim EU-Gerichtshof³⁴ anhängig sind, die zudem noch nicht entschieden wurden. Insofern fehlt es auch an aktueller, richtungweisender Judikatur. Zum anderen konnte sich die Frage nach der außervertraglichen Haftung der EZB vor Errichtung des SSM lediglich in Hinblick auf die Geldpolitik stellen. Die Haftungsthematik fristet in diesem Bereich jedoch ebenfalls ein untergeordnetes Dasein.³⁵ Obgleich nämlich das Primärrecht mit Art 340 Abs 3 AEUV eine auch im Bereich der Geldpolitik geltende Grundlage für die Haftung der EZB bereitstellt, herrschte *de facto* bis zur

²⁸ Gem Art 20 und Art 21 SSM-VO.

²⁹ Siehe bereits die Nachweise in der Einleitung in Fn 1.

³⁰ So insbesondere Baur, Die Haftung der EZB, *passim*; vgl auch Hahn/Häde, ZHR 1 (2001) 55–59.

³¹ Lediglich D'Ambrosio widmet sich in einer umfangreicheren Studie mit dem Titel „The ECB and NCA liability within the Single Supervisory Mechanism“ der EZB-Haftung im SSM.

³² September 2017.

³³ EuG Rs T-321/17 (Niemelä ea) und EuG Rs T-613/17 (La Guirigaña ea); siehe zudem EuG Rs T-22/16 (Comprojecto-Projectos e Construções ea), in welcher die Kläger ua Schadensersatz wegen vermeintlich rechtswidriger Untätigkeit der EZB geltend machten. Allerdings wurde die Klage abgewiesen.

³⁴ Unter dem EU-Gerichtshof wird in der vorliegenden Untersuchung die dreigliedrige Gerichtsbarkeit auf Unionsebene gem Art 19 Abs 1 EUV verstanden; näher dazu unten 2.E.1.

³⁵ Ähnlich Athanassiou, JIBLR 7 (2015) 382 f.

Krise³⁶ das Paradigma der über alle Zweifel erhabenen EZB, deren Verhalten nicht auf gerichtlichem Weg in Frage gestellt wird.³⁷

Erklärt werden kann diese (unionsrechtlich unzutreffende) Vorstellung einer gerichtlich immunen EZB zum einen damit, dass diese im Bereich der Geldpolitik lediglich in begrenztem Ausmaß über direkte Eingriffsbefugnisse gegenüber Banken verfügt. Folglich geht von den zuvörderst auf die Erhaltung der allgemeinen Preisstabilität³⁸ im Euroraum gerichteten geldpolitischen Maßnahmen eine vergleichsweise geringe Gefahr der direkten Beeinträchtigung individueller Rechtspositionen aus. Zum anderen genießt die EZB bei der Wahl ihrer geldpolitischen Instrumente einen weiten Ermessensspielraum, der nicht zuletzt der Komplexität der monetären Transmissionsmechanismen sowie den divergierenden ökonomischen Theorien geschuldet ist.³⁹ Wie jüngst das OMT-Urteil⁴⁰ bestätigte, nimmt sich auch der EuGH angesichts der notwendigen Expertise sowie der erforderlichen komplexen Prognosen und Beurteilungen bei der Kontrolle der geldpolitischen Maßnahmen zurück.

Im Gegensatz dazu wird das Verhalten der EZB im Bereich der Bankenaufsicht, nicht zuletzt aufgrund der umfassenden Reformierung der EU-Aufsichtsstandards durch die Umsetzung des Basel-III-Regelwerks in das Unionsrecht,⁴¹ weitgehend von strikten technischen Parametern determiniert.⁴² Dementsprechend verfügt die EZB oftmals lediglich über einen geringen Ermessensspielraum, was zugleich eine gerichtliche Nachprüfung des Aufsichtsverhaltens erleichtert. Als Form der Eingriffsverwaltung⁴³ ist der Bankenaufsicht überdies ein erheblich höheres Risiko der Verletzung individueller Rechtspositionen inhärent. Demnach können Aufsichtsentscheidungen der EZB massive wirtschaftliche, mitunter sogar existenzielle Konsequenzen für die Beaufsichtigten und Dritte zeitigen, etwa im Fall des Zulassungsentzugs.⁴⁴ Aufgrund des damit

³⁶ Siehe die erst im Laufe der Finanz- und Staatsschuldenkrise gestiegene Zahl an Klagen gegen die EZB; dazu gehören ua EuGH Rs C-370/12 (Pringle) zur Unionsrechtskonformität des ESM-Vertrags (siehe dazu unten 1.C.III.2.a) Fn 253), im Speziellen des Beschlusses zur Änderung des Art 136 AEUV; EuGH Rs C-62/14 (Gauweiler ea) zur Unionsrechtskonformität des OMT-Programms; näher zu diesen Entscheidungen unten 1.D.II.2.; siehe ferner etwa EuG Rs T-289/13 (Ledra Advertising) und bestätigend EuGH verb Rs C-8/15 P bis 10/15 P (Ledra Advertising ea) zum *Bail-in* zypriotischer Bankgläubiger.

³⁷ Vgl *Kämmerer*, WM 1 (2016) 1.

³⁸ Gem Art 127 Abs 1 AEUV.

³⁹ Vgl etwa *Kramer U/Hinrichsen* JuS 8 (2015) 678; *Thiele*, EuZW 18 (2014) 696; *ders*, ZBB/JBB 5 (2015) 297; *Tridimas/Xanthoulis*, MJ 1 (2016) 31. Ausführlich zum Ermessen der EZB bei der Geldpolitik und der Bankenaufsicht unten 2.F.VII.3.e).

⁴⁰ *Outright Monetary Transactions*; EuGH Rs C-62/14 (Gauweiler ea); näher dazu unten 1.D.II.2.

⁴¹ Näher dazu unten 1.G.

⁴² Siehe die zahlreichen unionsrechtlich normierten Aufsichtsstandards des Einheitlichen Regelwerks (dazu 1.G.I).

⁴³ Hierzu unten 1.B.III.1.

⁴⁴ So auch *Selmayr* in von der Groeben ea Art 127 AEUV Rn 60; siehe in diesem Zusam-

verbundenen Rechtsschutzbedürfnisses der Betroffenen bei einem gleichzeitig verringerten Ermessensspielraum der EZB steigt auch die Wahrscheinlichkeit der Erhebung und schlussendlich auch des Erfolgs von Schadensersatzklagen.

Mag demnach in früheren Jahren noch das Paradigma der faktisch gegen eine gerichtliche Überprüfung und folglich auch gegen Schadensersatzforderungen immunen EZB dominiert haben, so ist dieses Leitbild spätestens mit der Wahrnehmung von bedeutenden Aufsichtsaufgaben und der damit einhergehenden extensiven Ausübung von Aufsichtsbefugnissen obsolet geworden. Schließlich zeigen auch die verschiedenen nationalen Verfahren, die bereits vor der Errichtung des SSM von den unmittelbar oder mittelbar im Zuge einer rechtswidrigen Bankenaufsicht Geschädigten gegen die innerstaatlichen Aufsichtsbehörden geführt wurden, die Anfälligkeit des Aufsichtsbereichs für Schadensersatzklagen.⁴⁵

Die rechtliche Notwendigkeit, den Eingriffsbefugnissen im Bereich der Bankenaufsicht adäquate Rechtsschutzinstrumente für die Betroffenen gegenüberzustellen, resultiert aus dem auch im Unionsrecht geltenden Rechts(staats)prinzip⁴⁶. Dieses Prinzip verlangt ua ein funktionierendes Rechtsschutzsystem, das die Wiederherstellung des Vermögens des Geschädigten durch eine Haftung des Schädigers und den von diesem zu leistenden Schadensersatz ermöglicht.⁴⁷ Die Haftung trägt somit wesentlich zur Realisierung eines lückenlosen Rechtsschutzsystems in der Union bei.⁴⁸

Aufgrund dieses wichtigen Beitrags zum Rechtsschutz in der Union wird die Haftung im Unionsrecht zumeist aus der verfahrensrechtlichen Rechtsschutzperspektive erörtert.⁴⁹ Daran anknüpfend nimmt die vorliegende Untersuchung ebenfalls eine an den Voraussetzungen der Schadensersatzklage gem Art 268 AEUV orientierte Erörterung der außervertraglichen Haftung vor.

menhang auch die Klage EuG Rs T-321/17 (Niemelä ea), mit der die Kläger Schadensersatz aufgrund des vermeintlich rechtswidrigen Entzugs der Zulassung der *Nemea Bank plc* geltend machten.

⁴⁵ Siehe zu Beispielen einschlägiger nationaler Verfahren *Rossi*, EBLR 6 (2003) 1.

⁴⁶ Zwar kommt der EU keine Staatsqualität zu. Nichtsdestotrotz ist die Grundkonzeption des Rechtsstaatsprinzips der Mitgliedstaaten auf die EU übertragbar. Darüber hinaus zählt auch Art 2 EUV die Rechtsstaatlichkeit als Wert der EU auf (näher zu den daraus folgenden Grundsätzen *Calliess* in ders/Ruffert Art 2 EUV Rn 25 f); vgl auch *Thiele* in Terhechte § 39 Rn 1. Allerdings verwendet der EuGH auch den (auf *Hallstein* zurückgehenden) Begriff der „Rechtsgemeinschaft“ (EuGH Rs 294/83 [Les Verts] Rn 23 [in Bezug auf die EWG]), der nunmehr durch den Begriff der „Rechtsunion“ ersetzt wurde (EuGH Rs C-583/11 P [Inuit Tapiriit Kanatami ea] Rn 91; so etwa auch *Wegener* in *Calliess/Ruffert* Art 19 EUV Rn 5).

⁴⁷ EuGH verb Rs C-104/89 und C-37/90 (Mulder ea II) Rn 51; dazu auch *Säuberlich*, Die außervertragliche Haftung 43; *Thiele* in Terhechte § 39 Rn 1 f.

⁴⁸ Zum Leitbild des „vollständigen Systems von Rechtsbehelfen und Verfahren“ EuGH Rs C-50/00 P (UPA/Rat) Rn 40; zur Vervollständigung des Rechtsschutzes durch die Haftung angesichts der begrenzten Möglichkeit Einzelner, eine Nichtigkeitsklage zu erheben, EuG Rs T-492/12 (von Storch ea) Rn 45; so auch *Grabenwarter*, Subjektive Rechte und Verwaltungsrecht 45; weiterführend dazu unten 2.C.III.

⁴⁹ Ähnlich *Jacob/Kottmann* in Grabitz ea Art 340 AEUV Rn 13.

Für eine erfolgreiche Schadensersatzklage gegen die EZB müssen zunächst eine Reihe von Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sein. Zudem entsteht ein im Rahmen der Klagebegründetheit zu prüfender Schadensersatzanspruch gegen die EZB nach Art 340 Abs 3 AEUV erst bei Vorliegen mehrerer Anspruchsvoraussetzungen. Zu bedenken gilt es hierbei aber, dass eine eindeutige Abgrenzung zwischen den Zulässigkeits- und den Begründetheitsvoraussetzungen nicht durchwegs gelingt.⁵⁰

Bei der Prüfung der Zulässigkeit einer Schadensersatzklage gegen die EZB erfordert vor allem die Feststellung der Gerichtszuständigkeit bei der im SSM sekundärrechtlich angeordneten Anwendung von nationalen Aufsichtsstandards durch die EZB vielschichtige Überlegungen. Darüber hinaus ist unter der Zulässigkeit auch die Frage zu erörtern, inwiefern zwischen den auf Art 340 Abs 3 AEUV gestützten Schadensersatzansprüchen und den sonstigen innerstaatlichen oder primärrechtlichen Beseitigungs-, Erstattungs-, Zahlungs- oder Haftungsansprüchen eine Anspruchskonkurrenz besteht und zweitens womöglich vorrangig einzuklagen sind.

Die verschiedenen Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs sind bloß rudimentär in Art 340 Abs 3 AEUV geregelt und wurden deshalb durch die Judikatur des EU-Gerichtshofs entfaltet. Aufbauend auf diese in der Judikatur ausgeformten Kriterien soll die vorliegende Untersuchung konkret herausarbeiten, welche Personen aus haftungsrechtlicher Perspektive der EZB zuzurechnen sind, wann diese Personen in Ausübung einer Amtstätigkeit einen hinreichend qualifizierten Verstoß gegen eine individualrechtsverleihende Norm setzen, wie die Voraussetzung des Schadens zu definieren ist und schließlich, wann zwischen dem Verstoß und dem Schaden ein hinreichend unmittelbarer Kausalzusammenhang besteht.

Zur Erörterung dieser Voraussetzungen treten noch vier spezielle Problemkreise hinzu, die aufgrund ihrer praktischen Relevanz eine separate, tiefergehende Betrachtung verdienen. Hierbei handelt es sich um die Frage nach der haftungsrechtlichen Verantwortungsabgrenzung bei schädigendem Zusammenwirken der EZB mit den NCAs, dem Verhältnis von Schadensersatzansprüchen zu weiteren primärrechtlichen sowie innerstaatlichen Ansprüchen, der Finanzierung des von der EZB zu leistenden Schadensersatzes sowie der Berechtigung von Einlegern durch die EU-Aufsichtsregelungen und damit verbunden der Haftung der EZB im Fall der unzureichenden Aufsicht.

⁵⁰ Insofern wird im Schrifttum auch von einer „apriorischen Prüfung“ der Begründetheit im Rahmen der Zulässigkeit gesprochen (vgl. *Hofmann J*, Rechtsschutz und Haftung 303 f; ebenso *Cremer*, in *Calliess/Ruffert* Art 268 AEUV Rn 7; weiters *Jacob/Kottmann* in *Grabitz* ea Art 340 AEUV Rn 13). Beispielsweise fließt die Frage, ob die nationale Stelle den Kausalzusammenhang zwischen dem Verstoß des Unionsorgans und dem Schaden eines Dritten unterbrochen hat, bereits bei der Frage nach der Gerichtszuständigkeit im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung mit ein; siehe dazu auch unten 3.A.II. Fn 15.

Insgesamt beschränkt sich die hier vorgenommene Untersuchung daher nicht auf eine Erörterung von ausgewählten Detailproblemen der EZB-Haftung, obgleich auch diese ihren Platz finden. Das Ziel ist vielmehr die gründliche Aufarbeitung sämtlicher unionsrechtlicher Haftungskriterien und somit eine umfassende rechtsdogmatische Durchdringung der verschiedenen Facetten der außervertraglichen Haftung der EZB gem Art 340 Abs 3 AEUV im SSM. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen sodann ein stimmiges sowie übersichtliches Gesamtbild über die Ausgestaltung der haftungsrechtlichen Verantwortung der EZB im Rahmen der europäischen Bankenaufsicht ergeben.

B. Forschungsfragen

Aus den einführenden Überlegungen zur Relevanz und zur Notwendigkeit einer umfassenden Erörterung der außervertraglichen Haftung der EZB wegen rechtswidriger Bankenaufsicht lassen sich nun konkrete Forschungsfragen ableiten, deren Beantwortung die vorliegende Untersuchung dienen soll.

Grundsätzlich sind alle zu beantwortenden Einzelfragen von der folgenden, übergeordneten Forschungsfrage abgeleitet:

- Inwiefern zeichnet die EZB wegen rechtswidriger Bankenaufsicht im SSM haftungsrechtlich gem Art 340 Abs 3 AEUV verantwortlich?

Die Beantwortung dieser abstrahierten Leitfrage lässt eine Aufsplitterung in mehrere konkrete Einzelfragen zu, die in ihrer Gesamtheit eine übersichtliche und systematische Aufarbeitung der verschiedenen, mit der Leitfrage einhergehenden Problemkreise ermöglichen.

Die Einzelfragen, die im ersten Grundlagenteil des insgesamt drei Teile umfassenden Hauptteils der Untersuchung zu beantworten sind, lauten folgendermaßen:

- Welcher Banken- und Aufsichts begriff liegt der Bankenaufsicht im Allgemeinen sowie dem SSM im Speziellen zugrunde und welche traditionellen Ziele verfolgen die EU-Mitgliedstaaten mit der Bankenaufsicht?
- Weshalb wurde der SSM mit der EZB als dessen Herzstück errichtet?
- Welche unionsrechtlichen Spezifika gelten für die EZB als Unionsorgan und wie ist diese in das rechtliche Rahmenwerk der Wirtschafts- und Währungsunion eingebettet?
- Wie ist die europäische Bankenaufsicht als erste Säule der Bankenunion ausgestaltet?
- In welcher Beziehung steht der SSM zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus, zur Gemeinsamen Einlagensicherung und zu den Aufsichtsstandards des Einheitlichen Regelwerks?

Sachverzeichnis

- Abgrenzungsmaßstab 264–271
- Eigenständigkeit, rechtliche 165, 186, 268–271, 278, 285, 288, 297, 341, 408
- Abhängigkeit, faktische 269–270
- ABoR, *siehe* Administrativer Überprüfungsausschuss
- Abwägungsfehler, *siehe* Ermessensfehler
- Abwicklung 1, 3–4, 10, 12, 17–18, 32, 55, 74, 88, 97–104, 105, 107, 111, 115, 130, 176, 258, 315, 322, 348, 350–351, 357, 360–361, 375, 381, 383–384, 391, 400
- Abwicklungsbehörde 97–100, 103, 105, 351, 400
 - Abwicklungskonzept 99–100
 - Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung 99
 - *Bail-in* 4, 7, 98, 102–103, 350–352, 400
 - BRRD 3, 97–101, 103, 105, 111, 130, 338, 350–351, 376, 400, 412
 - Einheitlicher Europäischer Abwicklungsfonds 98–99, 101–103, 105, 115, 400
 - Einheitlicher Europäischer Abwicklungsmechanismus 1, 4, 10, 12, 17–18, 55, 97–99, 115, 350, 400
 - Gemeinsame Letztsicherung 103
 - Insolvenz 2, 4, 32, 36, 40, 42, 44, 51, 98, 100, 102, 125, 306, 325, 330, 332, 356, 379
- Abwicklungsbehörde 97–100, 103, 105, 351, 400
- Abwicklungskonzept 99–100
- Accorinti*-Judikatur 147, 173, 200, 214, 219, 220, 310, 323, 324
- Adams*-Judikatur 133, 165, 187, 252, 254–255, 257
- Adäquanztheorie 120, 207, 261–264, 266, 277, 408
- Administrativakt, *siehe* Verhalten, administratives
- Administrativer Überprüfungsausschuss 69, 73, 82, 135, 153, 177, 214, 311, 398
- Aktionär 4, 309, 313, 383, 385–386
- *siehe auch* Anleger
- Allfinanzaufsicht 58–60
- Allgemeininteresse 32, 38, 227, 276, 336, 339, 365–366, 406, 412
- Alternativverhalten, rechtmäßiges 120, 271–273, 278, 408,
- AMIS-Fall 38, 331, 391
- Amtsfehler 211, 309
- *siehe auch* Amtspflicht
 - *siehe auch* Rechtswidrigkeit
- Amtshaftung 1, 15, 35–38, 122, 133, 152, 155, 166, 168, 185, 192–193, 196, 205–206, 211–212, 224–227, 252, 257, 262, 271, 278, 288–290, 292, 299–300, 305, 314, 316, 318–320, 327, 331, 339, 346, 361, 377, 385–386, 410
- Amtshaftungsanspruch 37, 205, 226, 271, 288, 289, 292, 300, 316, 319
 - Amtshaftungsgesetz, österreichisches (AHG) 38, 122, 152, 1155, 168, 185, 190, 193, 205, 211–212, 226–227, 257, 262, 339
 - Amtspflicht 36–37, 146, 156, 189, 205, 225, 227, 319, 377–378
- Amtshaftungsanspruch 37, 205, 226, 271, 288, 289, 292, 300, 316, 319
- Amtshaftungsgesetz, österreichisches (AHG) 38, 122, 152, 1155, 168, 185, 190, 193, 205, 211–212, 226–227, 257, 262, 339

- Amtspflicht 36–37, 146, 156, 185, 205, 225, 227, 319, 377–378
 – Drittgerichtetheit der Amtspflicht 37
 – *siehe auch* Amtsfehler
 Amtstätigkeit, *siehe* Amtspflicht
 Anfechtungsklage, *siehe* Nichtigkeitsklage
 Anleger 22–23, 34, 48, 58, 104, 106, 258, 331–332, 344, 354, 367, 391
 – Anlegerentschädigungs-RL 104
 – Anlegerschutz 383–387
 – *siehe auch* Aktionär
 Anlegerentschädigungs-RL 104
 Anlegerschutz 383–387
 Anspruch 145–281
 – Amtshaftungsanspruch 37, 205, 226, 271, 288, 289, 292, 300, 316, 319
 – Anspruchsgrundlage 122, 196, 212, 300, 330, 385
 – Anspruchskonkurrenz 9, 236, 241, 271, 296–298, 301, 304, 490
 – Anspruchsverpflichteter 132, 150, 153, 403
 – Anspruchsvoraussetzung 9, 13, 118, 120, 133, 145–281, 391, 401, 406, 408, 413
 – Aufopferungsanspruch 122, 197
 – Bereicherungsanspruch 306–307
 – Beseitigungsanspruch 133, 251, 252
 – Schadensersatzanspruch 145–281
 – Zahlungsanspruch 133, 251, 298, 410
 Anspruchsgrundlage 122, 196, 212, 300, 330, 385
 Anspruchskonkurrenz 9, 236, 241, 271, 296–298, 301, 304, 490
 Anspruchsverpflichteter 132, 150, 153, 403
 Anspruchsvoraussetzung 9, 13, 118, 120, 133, 145–281, 391, 401, 406, 408, 413
 Anstaltslast 147, 316
 Anteilseigner, *siehe* Aktionär
 Anweisung, *siehe* Weisung
 Anwendbarkeit, unmittelbare 122, 143, 247, 309, 388, 407
 – *siehe auch* Anwendungsvorrang
 Anwendungsvorrang 138, 143–144, 346, 371, 388
 – *siehe auch* Anwendbarkeit, unmittelbare
 Äquivalenzgrundsatz 161, 340, 387
 – *siehe auch* Effektivitätsgrundsatz
 Äquivalenztheorie 120, 259–260, 277
 – *Conditio-sine-qua-non*-Formel 203, 260, 266, 271
Artogodan-Judikatur 155, 198, 202–204, 213, 244–245
 Aufopferungsanspruch 122, 197
 – *siehe auch* Sonderopfer
 Aufsicht 18–41
 – Allfinanzaufsicht 58–60
 – Aufsicht, prudentielle 39–41
 – Aufsichtsagentur 12, 25, 47–50, 60, 83, 100–101, 119, 353–354, 398
 – Aufsichtsarbitrage 52–53, 107, 339
 – Aufsichtsaufgabe 88–94
 – Aufsichtsbefugnis 2, 8, 76, 79, 83, 94–97, 158, 161, 176, 232, 336, 343, 380, 384, 398–399, 400–401, 405, 413
 – Aufsichtsbehörde, nationale zuständige 1, 90–94
 – Aufsichtsbeschluss 7, 27, 49–50, 53, 55–56, 65–70, 81–84, 90–96, 99, 110, 150–155, 158, 167, 171, 172, 175–177, 181–184, 214–215, 275, 286, 298, 291–294, 307–313, 315–318, 320–321, 353, 358, 384, 398, 404
 – Aufsichtsgebühr 82, 174–175, 183, 208, 314–318, 319–329, 350, 356–357, 411
 – Aufsichtsgebühren-VO 174–175, 183, 317–318
 – Aufsichtsgremium 69, 80–82, 150–155, 290–291, 294
 – Aufsichtshandbuch 80, 83, 246
 – Aufsichtsklage 72, 158, 162
 – Aufsichtskollegium 45, 89
 – Aufsichtsmodell 58, 98
 – Aufsichtspraxis 349
 – Aufsichtsreflex 222–228, 276, 378, 406
 – Aufsichtsstandard 7–9, 107–116, 329, 337–338, 343–349, 367, 397–401, 407
 – Aufsichtsverfahren 16, 175, 184–185
 – Aufsichtsversagen 45, 48
 – Aufsichtsziel 18, 24, 29–31, 344, 348
 – Beihilfeaufsicht 375

- Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus 50–97
- Finanzaufsicht 24–26
- Gemeinsames Aufsichtsteam 90
- Makroaufsicht 40, 45, 49
- Mikroaufsicht 49, 59, 85, 117
- Versicherungsaufsicht 1, 315, 385
- Wettbewerbsaufsicht 324, 328
- Wirtschaftsaufsichtsrecht 24, 34, 189, 375, 382
- Aufsicht, prudentielle 18, 39–41, 49, 58, 60, 88–94, 114–117, 339, 397, 399
- Aufsichtagentur 12, 25, 47–50, 60, 83, 100–101, 119, 353–354, 398
 - *Comply-or-explain*-Mechanismus 111, 173
 - Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung 33, 49, 83, 49, 353–354
 - Europäische Bankenaufsichtsbehörde 49, 174, 177, 246, 351, 353–354, 399
 - Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde 33, 48, 49, 79, 83, 111, 173, 353–354
 - Europäischer Ausschuss für Systemrisiken 33, 39, 50, 83–84, 399
 - *Lamfalussy*-Verfahren 50
- Aufsichtsarbitrage 52–53, 85, 338
- Aufsichtsaufgabe 88–94
- Aufsichtsbefugnis 2, 8, 76, 79, 83, 94–97, 158, 161, 176, 232, 336, 343, 380, 384, 398–399, 400–401, 405, 413
 - Prüfung vor Ort 239
 - *siehe auch* Zuständigkeit
 - Untersuchungsbefugnis 12, 28, 91, 94–95, 239–240
- Aufsichtsbehörde, nationale zuständige 1, 90–94
- Aufsichtsbeschluss 7, 27, 49–50, 53, 55–56, 65–70, 81–84, 90–96, 99, 110, 150–155, 158, 167, 171, 172, 175–177, 181–184, 214–215, 275, 286, 298, 291–294, 307–313, 315–318, 320–321, 353, 358, 384, 398, 404
 - Beschlussentwurf 81–82, 90, 93, 155, 182, 214–215, 287–288, 289–294, 312
 - Beschlussfassungsverfahren 82
 - Beschlussfiktion 293, 312–313
 - *siehe auch* Aufsichtsverfahren
- Aufsichtsgebühr 82, 174–175, 183, 208, 314–318, 319–329, 350, 356–357, 411
 - Aufsichtsgebühren-VO
 - *siehe auch* Finanzierung der Aufsichtstätigkeit
- Aufsichtsgebühren-VO 174–175, 183, 317–318
- Aufsichtsgremium 69, 80–82, 150–155, 290–291, 294
- Aufsichtshandbuch 80, 83, 246
- Aufsichtsklage 72, 158, 162
- Aufsichtskollegium 45, 89
- Aufsichtsmodell 58, 98
 - Allfinanzaufsicht 58–60
- Aufsichtspraxis 349
- Aufsichtsreflex 222–228, 276, 378, 406
 - *siehe auch* Individualrecht
 - *siehe auch* Reflexschaden
- Aufsichtsstandard 7–9, 107–116, 329, 337–338, 343–349, 367, 397–401, 407
- Aufsichtsverfahren 16, 175, 184–185
 - *siehe auch* Aufsichtsbeschluss
- Aufsichtsversagen 45, 48
- Aufsichtsziel 18, 24, 29–31, 344, 348
 - Funktionsschutz 31–38, 398
 - Verbraucherschutz 34, 36, 58, 88, 354
- Ausfall oder wahrscheinlicher Ausfall 43–44, 98–100, 105, 130, 176, 322, 325, 352, 384, 400
- Auslegung 333–336
 - Auslegung, grammatikalische
 - Auslegung, grundrechtskonforme 369–370
 - Auslegung, historische 369–370
 - Auslegung, rechtsvergleichende 117, 335, 376–377, 382
 - Auslegung, systematisch-teleologische 13, 17, 31, 110, 118, 333–335, 337, 344, 350, 353, 355, 366, 369–370, 376, 381, 401, 412
 - Auslegung, unionsrechtskonforme 143–144, 388
 - Auslegungsmethode 177, 333–336, 346, 354, 363–364, 367, 370, 377, 382
 - *Effet-utile*-Grundsatz 247, 340

- Kohärenz der Unionsrechtsordnung 150, 178, 217, 345, 387
- Auslegung, grammatikalische 333–336, 369, 380
- Auslegung, grundrechtskonforme 369–370
- Auslegung, historische 369–370
- Auslegung, rechtsvergleichende 117, 335, 376–377, 382
- Auslegung, systematisch-teleologische 13, 17, 31, 110, 118, 333–335, 337, 344, 350, 353, 355, 366, 369–370, 376, 381, 401, 412
- Auslegung, unionsrechtskonforme 143–144, 388
- Auslegungsmethode 177, 333–336, 346, 354, 363–364, 367, 370, 377, 382
- Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung 97–104

- Bail-in* 4, 7, 98, 102–103, 350–352, 400
- Bail-out* 4, 6, 97–98
- Bank 18–23
 - *Bank-run* 4, 104, 342, 352, 375, 400
 - Europäische Bankenunion 1, 12, 18, 42, 55, 97
 - *siehe auch* Kreditinstitut
- Bank-run* 4, 104, 342, 352, 375, 400
- Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht 39, 112, 248, 326, 367–369, 381, 407, 412
 - Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht 326, 368, 381
- BCBS, *siehe* Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht
- Beamtenstatut 154
 - *siehe auch* Bediensteter
 - *siehe auch* Beschäftigungsbedingungen
 - *siehe auch* Bank
- Bediensteter 127, 130–131, 137, 145–148, 150–156, 164, 168, 259, 265, 314, 325–327, 402–403
 - *siehe auch* Immunität
 - *siehe auch* Beamtenstatut
 - *siehe auch* Beschäftigungsbedingungen
- Bedingungstheorie, *siehe* Äquivalenztheorie
- Begründung 244

- Beihilfenaufsicht 375
- Bereicherungsanspruch 306
- Bergaderm*-Judikatur 149, 196–202, 209–210, 223, 244
- Berichterstattungspflicht, *siehe* Rechenschaftspflicht
- Berufsfreiheit 28, 231, 233, 235
- Berufsgeheimnis 236, 242, 244
- Beschäftigungsbedingungen 151–155, 274, 403
 - *siehe auch* Beamtenstatut
 - *siehe auch* Bediensteter
- Beschluss, *siehe* Aufsichtsbeschluss
- Beschlussentwurf 81–82, 90, 93, 155, 182, 214–215, 287–289, 291–294, 312
- Beschlussfassungsverfahren 82
 - Verfahren der impliziten Zustimmung 81, 155
- Beschlussfiktion 293, 312–313
 - *siehe auch non-objection procedure*
- Beseitigungsanspruch 9, 133, 251–253, 297–298, 302, 306, 410
- Beurteilungsfehler, *siehe* Ermessensfehler
- Beurteilungsspielraum 190, 199, 234
 - *siehe auch* Ermessen
- Beweislast 262, 271, 279
 - *siehe auch* Rating
- Brasserie du Pêcheur* und *Factortame*-Judikatur 125, 128, 131, 149–150, 197, 204, 211, 288, 387
- Bretton-Woods*-System 62
- Brexit 63, 77, 86
- BRRD 3, 97–105, 111, 130, 338, 350–351, 376, 400, 412

- Charta der Grundrechte der EU, *siehe* Grundrecht
- Comply-or-explain*-Mechanismus 111, 173
 - *siehe auch soft law*
- Conditio-sine-qua-non*-Formel 203, 260, 271, 277, 408
- CRD, *siehe* Kapitaladäquanz-RL
- CRR, *siehe* Kapitaladäquanz-VO

- Datenschutz 241, 243
- dédoulement fonctionnel* 13, 118, 156–162, 265, 274, 278, 403

- *siehe auch* Organleihe
- *siehe auch* Zurechnung
- de-Larosière-Bericht* 2, 25, 39, 42–49, 59–60, 107, 112, 398
- *siehe auch* Europäisches Finanzaufsichtssystem
- Delegation 24, 82, 87, 156–157, 159–162
- *Meroni-Doktrin* 59, 76, 100–101, 192, 244–245, 289–290, 341, 354
- *siehe auch* Organleihe
- Deliktshaftung 121, 128
- Demokratieprinzip 71–72, 75, 333, 369, 398
- Dienstleistungsfreiheit 88, 236, 243
- Differenzhypothese 250
- Directors-and-Officers-Versicherung* 326
- Direktorium, der EZB 69–70, 72, 81, 151–152, 168, 172, 177–178, 183, 209, 398
- Direktwirkung, *siehe* Wirkung, unmittelbare
- Doppelkausalität 272, 295–296, 300, 409–410
- Drittgerichtetheit der Amtspflicht 37
- *siehe auch* Individualrecht

- EBA, *siehe* Europäische Bankenaufsichtsbehörde
- EBA-VO 33, 49
- EDIS, *siehe* Einlagensicherung
- Effektivitätsgrundsatz 161, 340, 387
- *siehe auch* Äquivalenzgrundsatz
- Effet-utile-Grundsatz* 247, 340
- Eigenmittel 42, 89, 94–96, 102, 176, 346, 384, 399
- Eigentumsrecht 28, 230–233, 236–233, 331, 372–374
- Eingriff 28–29, 229–243
- Eingriff, aufopferungsgleicher 122
- Eingriff, enteignungsgleicher 122
- Eingriffsverwaltung 7, 12, 18, 28, 129, 170, 229, 277, 398
- *siehe auch* Aufsichtsbefugnis
- Eingriff, aufopferungsgleicher 122
- Eingriff, enteignungsgleicher 122
- Eingriffsverwaltung 7, 12, 18, 28, 129, 170, 229, 277, 398
- Einheitlicher Europäischer Abwicklungsfonds 98–99, 101–105
- Einheitlicher Europäischer Abwicklungsmechanismus 1, 4, 10, 98–103, 111, 130, 176, 246, 322, 350–353, 376, 384, 400
- SRM-VO 1, 4, 10, 98–103, 111, 130, 176, 246, 322, 350–353, 376, 384, 400
- Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus 50–97
- SSM-Rahmen-VO 79–80
- SSM-VO 85–94
- Einheitliches Regelwerk 107, 111
- Einlage 22, 104–107, 367
- Einlagensicherung 104–107
- *siehe auch* Einleger
- Einlagensicherung 104–107
- Einleger 22, 104–107, 367
- *siehe auch* Einlage
- EIOPA, *siehe* Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
- Empfehlung 27, 83, 107, 165, 171–174, 179, 183, 248, 275, 307, 367, 407, 409, 413
- EMRK, *siehe* Grundrecht
- Entschädigung 104, 122, 235, 258, 346
- Entscheidungsspielraum 177, 198, 268, 270–271, 288, 292, 359
- *siehe auch* Ermessen
- Erfolgsunrecht 163, 212, 267, 296
- *siehe auch* Unrecht
- *siehe auch* Verhaltensunrecht
- Ermächtigungsgrundlage, *siehe* Aufsichtsbefugnis
- Ermessen 189–200, 212–216
- Ermessensbegriff 119, 198–199, 215, 225, 405
- Ermessensfehler 189, 199–200
- *siehe auch* Beurteilungsspielraum
- *siehe auch* Entscheidungsspielraum
- *siehe auch* Gestaltungsspielraum
- *siehe auch* Handlungsspielraum
- *siehe auch* Options and Discretions
- *siehe auch* Wertungsspielraum
- Ermessensbegriff 119, 198–199, 215, 225, 405
- Ermessensfehler 189, 199–200
- *siehe auch* Rechtsakt
- Erweiterter Rat, 69, 84, 152, 315

- ESAs, *siehe* Aufsichtsagentur
 ESFS, *siehe* Aufsichtsagentur
 ESFS, *siehe* Europäisches Finanzaufsichtssystem
 ESM, *siehe* Europäischer Stabilitätsmechanismus
 ESMA, *siehe* Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
 ESRB, *siehe* Europäischer Ausschuss für Systemrisiken
 ESZB, *siehe* Europäisches System der Zentralbanken
 ESZB-Satzung 5, 63–72, 134–137, 146–147, 151, 169–172, 177–181, 274, 315–316, 324, 404
 Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung 33, 49–50, 83, 353–354
 Europäische Bankenaufsicht, *siehe* Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus
 Europäische Bankenaufsichtsbehörde, 49, 55–60, 7880, 83–84, 110–111, 174, 246, 353–354
 – EBA-VO 33, 49
 – *siehe auch* Europäisches Finanzaufsichtssystem
 – *siehe auch* Aufsichtsagentur
 Europäische Bankenunion 1, 12, 18, 42–57, 97–104
 Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde 33, 48–49, 79, 83, 353
 Europäischer Ausschuss für Systemrisiken 33, 39, 50, 83–84, 399
 Europäischer Pass 88
 Europäischer Rechnungshof 6, 72, 167, 209
 Europäisches Finanzaufsichtssystem 12, 47–49, 115
 – *siehe auch* Aufsichtsagentur
 – *siehe auch* de-Larosière-Bericht
 Europäisches System der Zentralbanken 5, 63–72, 134–137, 146–147, 151, 169–172, 177–181, 274, 315–316, 324, 404
 – ESZB-Satzung 5, 63–72, 134–137, 146–147, 151, 169–172, 177–181, 274, 315–316, 324, 404
 Eurosystem 63, 88, 63
 EZB-Rat 66, 69–72, 81–82, 152–155, 177–178, 291, 294, 311, 315–3196, 398–399
 Fahrlässigkeit 154, 202, 206, 211, 325, 327, 357, 364, 368, 378–379, 392
 Finanz- und Staatsschuldenkrise 2, 7, 12, 18, 42–55, 72–73, 115
 – *Lehman Brothers* 2, 32 42
 Finanzaufsicht 24–26
 Finanzierung der Aufsichtstätigkeit 82, 314–318, 350, 356
 – Aufsichtsgebühr 82, 174–175, 183, 208, 314–318, 319–329, 350, 356–357, 411
 Finanzierung der Haftungskosten 82, 314–327, 357
 – *Directors-and-Officers-Versicherung* 326
 – *siehe auch* Anstaltslast
 Finanzinstitut 20–23, 33–34, 43–45, 73, 83, 85, 106, 177, 345
 Finanzintermediär 22–24, 33
 Finanzkonglomerat 21, 85, 89
 – *siehe auch* Finanzkonglomerat
 Finanzmarkt 2–3, 12, 18, 21–23, 27, 33, 37–47, 49–52, 115, 336, 342, 348, 412
 – Finanzmarktstabilität 2, 33, 37
 – Finanzunion 23
 – Geldmarkt 21, 64
 – Kapitalmarkt 21–25, 47, 58–59, 316, 337, 363, 391
 Finanzsystem 4, 31–36, 38–41, 51, 65, 85, 88, 94, 324, 338–339, 354, 364, 398
 Finanzunion 23
 FOLF, *siehe* Ausfall oder wahrscheinlicher Ausfall
 Folgenberücksichtigung 336
 Folgeschaden 251, 299
 Forderungsübergang 258–259
Francesconi-Judikatur 192–193, 207, 305
Francovich und *Bonifaci*-Judikatur 149, 228, 247, 363, 387
 Funktionsschutz 31–38, 398
Fursin-Judikatur 309

- Gauweiler*-Judiaktur 7, 66–67, 214
 Gefährdungshaftung 212, 129, 218–220
 – *siehe auch* Risikohaftung
 Gefahrenabwehr 164, 188, 206, 305
 – *siehe auch* Schadensabwendungspflicht
 Geheimhaltungspflicht, *siehe* Berufs-
 geheimnis
 Geldmarkt 21, 64
 Geldpolitik 6–7, 14, 46, 61, 64, 66–67,
 69, 71, 74–75, 80–81, 86, 119, 152,
 170–172, 179, 181–182, 214–216, 276,
 315–316, 324–328, 357, 399, 405, 411
 – Preisstabilität 7, 36, 59, 63, 67, 71–72,
 74, 316, 324, 357, 411
 – *Quantitative-Easing*-Programm 76
 – Transmissionsmechanismus 7, 214
 Geldwäsche 36, 88
 Gemeinsame Verfahren 93
 – *siehe auch* Zulassung
 Gemeinsames Aufsichtsteam 90
 Gerechtigkeitsgebot 124, 401
 Gerichtszuständigkeit 9, 13, 118, 134–
 135, 141, 162, 249, 281, 283–284, 402,
 409
 – Verwerfungsmonopol 267
 Gesamtschuldverhältnis 302–303, 214,
 386, 410
 Geschädigter 410
 Gestaltungsspielraum 25, 113, 116, 202–
 203
 – *siehe auch* Ermessen
 Gewährleistungspflicht, positive, *siehe*
 Schutzpflicht
 Gläubiger 4, 6, 34–37, 40, 52, 98, 102–
 103, 232, 306, 330–331, 339, 375, 400
 – Gläubigerschutz 37
 Gläubigerschutz 37
 – *siehe auch* Individualschutz
 Gleichgewicht, institutionelles 72, 214,
 244, 252, 333
 – *siehe auch* Meroni-Doktrin
 Gleichheitssatz 323, 375–376
 – *siehe auch* Rechtsgrundsatz, allgemeiner
 – *siehe auch* Harmonisierung
Goldplating 109, 113, 144, 249, 292
 – *siehe auch* Harmonisierung
Gollnisch-Judikatur 272
Grifoni-Judikatur 132, 140, 248, 251, 254
 Grundfreiheit 29–30, 187, 190–191, 230,
 236, 243, 244, 277, 330, 406
 – Dienstleistungsfreiheit 88, 236, 243
 – Niederlassungsfreiheit 114, 139, 243,
 347, 399
 Grundrecht 28–30, 229–243
 – Berufsfreiheit 28, 231, 233, 235
 – Charta der Grundrechte der EU 28–30,
 229–243
 – Datenschutz 241, 243
 – Eigentumsrecht 28, 230–233, 236–
 233, 331, 372–374
 – EMRK 143, 187, 232–243, 372–375,
 393–395
 – Gleichheitssatz 323, 375–376
 – Recht auf Achtung des Privatlebens
 28, 230, 232, 238–240
 – Recht auf eine gute Verwaltung 127,
 187, 230–231, 325
 – Recht auf einen wirksamen Rechts-
 behelf 140, 267, 356, 374, 382, 393
 – Recht auf unternehmerische Freiheit
 28, 231, 233, 235–237, 322, 328, 358,
 411
 – Vertrauensschutz 29, 34, 173–174,
 186, 245, 255
 Grundsätze für eine wirksame Banken-
 aufsicht 326, 368, 381
 Haftpflichtversicherung 327, 360–361,
 411
 Haftung 117–273
 – Amtshaftung 1, 15, 35–38, 122, 133,
 152, 155, 166, 168, 185, 192–193, 196,
 205–206, 211–212, 224–227, 252, 257,
 262, 271, 278, 288–290, 292, 299–300,
 305, 314, 316, 318–320, 327, 331, 339,
 346, 361, 377, 385–386, 410
 – Deliktshaftung 121, 128
 – Gefährdungshaftung 212, 129, 218–
 220
 – Gesamtschuldverhältnis 302–303,
 214, 386, 410
 – Haftung, außervertragliche 117–281
 – Haftung für rechtmäßiges Verhalten
 14, 120, 185, 195–196, 218–220, 269,
 271–278, 405, 408
 – Haftung im Innenverhältnis 152, 154

- Haftung, vertragliche 168–170
- Haftung, völkerrechtliche 169
- Haftungsausschluss 37–38, 270, 353–354, 368–376, 379, 382–383, 388, 391–395, 413
- Haftungsbegriff 13, 120–122
- Haftungsbeschränkung 300, 346, 354–355, 359–362, 368, 372, 375
- Haftungshöchstgrenze 322, 326, 328, 411
- Haftungskosten 82, 314–327, 357
- Haftungsüberleitung 146, 150
- Haftungsvoraussetzung 145–273
- Haftungsziel 118, 357–359, 401
- Risikohaftung 201, 220
- Staatshaftung 13, 118, 128, 146, 149–150, 165, 197, 200, 213, 223, 247, 287–289, 299–306, 314, 340, 371–380, 387–390, 403
- Unrechtshaftung 5, 122, 185, 196, 201, 218–220, 275, 404
- Haftung für rechtmäßiges Verhalten 514, 120, 185, 195–196, 218–220, 269, 271–278, 405, 408
- Gefährdungshaftung 212, 129, 218–220
- *siehe auch* Sonderopfer
- *siehe auch* Unrechtshaftung
- Haftung im Innenverhältnis, *siehe* Rückgriff
- Haftung, außervertragliche 117–281
- Haftung, gesamtschuldnerische, *siehe* Gesamtschuldverhältnis
- Haftung, vertragliche 168–170
- Haftung, völkerrechtliche 169
- Haftungsausschluss 37–38, 270, 353–354, 368–376, 379, 382–383, 388, 391–395, 413
- *siehe auch* Haftungsbeschränkung
- Haftungsbefreiung, *siehe* Haftungsausschluss
- Haftungsbegriff 13, 120–122
- Haftungsbeschränkung 300, 346, 354–355, 359–362, 368, 372, 375
- *siehe auch* Haftungsausschluss
- *siehe auch* Haftungshöchstgrenze
- Haftungshöchstgrenze 322, 326, 328, 411
- *siehe auch* Haftungsbeschränkung
- Haftungsklage, *siehe* Schadensersatzklage
- Haftungskosten 82, 314–327, 357
- Finanzierung der Haftungskosten 82, 314–327, 357
- Haftungsüberleitung 146, 150
- Haftungsvoraussetzung, *siehe* Anspruchsvoraussetzung
- Haftungsziel 118, 357–359, 401
- Individualrechtsschutz 125–130, 224, 267, 273, 356, 401
- Präventionszweck 128–130, 267–268
- Wiedergutmachung 124–125, 273, 355
- Haftungszweck, *siehe* Haftungsziel
- Handlung 164–185
- Handlung, hoheitliche 168, 170
- Handlung, privatwirtschaftliche 168, 274, 404
- Handlungspflicht 186–193, 214, 216, 225, 312, 403, 405
- Handlungsspielraum 29, 71, 184
- Handlung, hoheitliche 168, 170
- Handlung, privatwirtschaftliche 168, 274, 404
- Handlungspflicht 186–193, 214, 216, 225, 312, 403, 405
- Handlungsspielraum 29, 71, 184
- *siehe auch* Ermessen
- Harmonisierung 49, 60, 78, 106–109, 112–113, 116, 139, 145, 347–350, 388, 390, 412
- *siehe auch* Goldplating
- Hoheitsverwaltung, schlichte 288
- Holding 21, 85, 89
- Identitätstheorie 152, 291
- *siehe auch* Organtheorie
- Immunität 13, 118, 150–151, 168, 272, 274, 326, 378, 392, 394–395, 403
- Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der EU 150, 168, 222, 224, 403
- Individualrecht 125–127, 221–249, 329–390
- *siehe auch* Aufsichtsreflex
- *siehe auch* Drittgerichtetheit der Amtspflicht

- Individualrechtsschutz 125–130, 224, 267, 273, 356, 401
- Insolvenz 2, 4, 32, 36, 40, 42, 44, 51, 98, 100, 102, 125, 306, 325, 330, 332, 356, 379
- Interesse, öffentliches, *siehe* Allgemeininteresse
- Interpretationsmethode, *siehe* Auslegungsmethode
- JST, *siehe* Gemeinsames Aufsichtsteam
- Kampffmeyer*-Judikatur 210, 221–222, 224, 227–228, 250, 261, 300–301, 339, 366
- Kapitaladäquanz-RL 13, 18–19, 85, 94–96, 107–114, 244, 248, 277, 329, 337–338, 343–350, 367, 376, 381, 401, 412
- Kapitaladäquanz-VO 13, 18–19, 85, 94–96, 107–114, 246, 248, 277, 329, 337–338, 343–350, 367, 376, 381, 397, 401, 412
- Kapitalmarkt 21–25, 47, 58–59, 316, 337, 363, 391
- Kapitalmarktunion 23
- Kapitalmarktunion 23
- Kausalität 14, 163, 259–273, 277, 295–296, 300, 408–410
- Adäquanztheorie 120, 207, 261–264, 266, 277, 408
- Alternativverhalten, rechtmäßiges 120, 271–273, 278, 408
- Äquivalenztheorie 120, 259–260, 277
- Doppelkausalität 272, 295–296, 300, 409–410
- Kausalität, faktische 165, 260, 273, 277
- Kausalität, hypothetische 272
- Kausalität, juristische 264
- Kausalität, kumulative 272, 295–296, 300, 409–410
- Kausalität, überholende 272–273
- Kausalitätsanteil 302–303, 305
- Kausalzusammenhang, hinreichend un-mittelbarer 9, 11, 120, 133, 145, 149, 244, 261, 268, 271, 277, 279, 284, 286, 293–297, 360, 403, 409–410
- Quasi-Kausalität 187, 261
- Reserveursache 272
- Unterbrechung des Kausalzusammenhang 14, 120, 163–165, 217, 231, 256, 264–270, 275–278, 281–282, 285–289, 297, 404, 408–410
- Kausalität, faktische 165, 260, 273, 277
- Kausalität, hypothetische 272
- Kausalität, juristische 264
- Kausalität, kumulative 272, 295–296, 300, 409–410
- Kausalität, überholende 272–273
- Kausalitätsanteil 302–303, 305
- Kausalzusammenhang, hinreichend un-mittelbarer 9, 11, 120, 133, 145, 149, 244, 261, 268, 271, 277, 279, 284, 286, 293–297, 360, 403, 409–410
- Klage 131–145
- Aufsichtsklage 72, 158, 162
- Klagebegründetheit 9, 118, 133, 145, 237–274, 284, 305, 401–402
- Klagefrist 13, 133, 310
- Klagslegitimation 307–309, 313
- Nichtigkeitsklage 126, 139, 166, 186, 200, 222, 228, 253, 303, 306–314, 407, 410–411
- Schadensersatzklage 131–145
- *siehe auch* Gerichtszuständigkeit
- *siehe auch* Rechtsschutz
- Untätigkeitsklage 135, 186, 252–253, 303, 360–307, 312–313, 411
- Zulässigkeitsvoraussetzung 9, 11, 13, 118, 131–133, 145, 273, 320, 401–402
- Klagebefugnis, *siehe* Klagslegitimation
- Klagebegründetheit 9, 118, 133, 145, 237–274, 284, 305, 401–402
- Klagefrist 13, 133, 310
- *siehe auch* Verjährungsfrist
- Klagslegitimation, 307–309, 313
- Kohärenz der Unionsrechtsordnung 150, 178, 217, 345, 387
- Kohärenz Staatshaftung und außervertragliche Haftung 13, 118, 146, 149–150, 200, 202, 204, 210, 223, 274
- Kompensation, *siehe* Wiedergutmachung
- Konsolidierung 85, 89, 92
- Kontrolldichte 73, 200, 213–214, 216
- Konzession, *siehe* Zulassung

- Kreditinstitut 18–23
 – Kreditinstitut, bedeutendes 130, 144, 175, 217, 293, 297, 322, 326
 – Kreditinstitut, systemisch relevantes 40
 – Kreditinstitut, weniger bedeutendes 144, 175
 – *siehe auch* Bank
 Kreditinstitut, bedeutendes 130, 144, 175, 217, 293, 297, 322, 326
 Kreditinstitut, systemisch relevantes 40
 Kreditinstitut, weniger bedeutendes 144, 175
 Krise, *siehe* Finanz- und Staatsschuldenkrise, 2, 7, 12, 18, 42–55, 72–73, 115
 Krohn-Judikatur 266, 268–269, 310
 KYDEP-Judikatur 29, 164–165, 174, 179, 189, 245, 270, 294
- La Guirigana*-Judikatur 6, 130, 176, 322, 384, 413
Lamfalussy-Verfahren 50
Landeskreditbank Baden-Württemberg-Judikatur 87, 90, 92, 153, 156, 159, 215
 Leerverkauf 47–48, 79, 100
Lehman Brothers 2, 32 42
 Leitlinie 27, 50, 64, 69–70, 83, 90, 172, 177–183, 275, 285–286, 404
 – *siehe auch* Comply-or-explain-Mechanismus 111, 173
lender of last resort 46
 Letztsicherung 103
level playing field 113, 116
 – *siehe auch* Harmonisierung
 Liquidität 21, 42, 44, 46–47, 64, 89, 96, 106, 112–114
 – *siehe auch* Illiquidität
 LOLR, *siehe* *lender of last resort*
 Loyalitätsgebot 67, 70, 144, 303
- Makroaufsicht 40, 45, 49
 – *siehe auch* Systemrisiko
 – *siehe auch* Vereinbarung, interinstitutionelle
Meroni-Doktrin 59, 79, 100–101, 289, 341
 – *siehe auch* Gleichgewicht, institutionelles
- Mikroaufsicht 49, 59, 85, 117
 Mischverwaltung 15, 156, 163, 217, 265–266, 281–282, 284–286, 295–297, 408–410
 – Trennungsprinzip 163, 281–284, 296, 409
 Mitgliedstaat mit Ausnahmeregelung 63, 69, 315
 Mitgliedstaat, teilnehmender 2, 55, 95, 182
 Mitverschulden 254–255, 257
Moral-Hazard-Risiko 65, 325, 341, 357
- Naturalrestitution 252–253, 277, 311, 407
 NCA, *siehe* Aufsichtsbehörde, nationale zuständige
 Nichtigkeitsklage 126, 139, 166, 186, 200, 222, 228, 253, 303, 306–314, 407, 410–411
 Niederlassungsfreiheit 114, 139, 243, 347, 399
Niemelä-Judikatur 6, 8, 29, 176, 207, 245, 250, 322, 384, 413
Non-objection-procedure, *siehe* Verfahren der impliziten Zustimmung
 NZB, *siehe* Zentralbank, nationale
- OLAF*-Judikatur 68, 246
 OMT-Programm, *siehe* *Quantitative-Easing*-Programm
Opting-out 63
Options and Discretions 108
 – *siehe auch* Ermessen
 Organleihe 13, 118, 135–136, 159–162, 265, 274, 278, 403
 – *siehe auch* *dédoublement fonctionnel*
 – *siehe auch* Delegation
 – *siehe auch* Zurechnung
 Organtheorie 291
 – *siehe auch* Identitätstheorie
- Paul ea*-Judikatur 119, 224, 244, 329, 331, 344–355, 363, 366, 377, 379–381, 388–390, 406–407, 412
 Pflichtwidrigkeit 15, 130, 185, 205, 217, 266–267, 273, 278, 281–284, 286–289, 294–297, 409

- Amtspflicht 36–37, 146, 156, 189, 205, 225, 227, 319, 377–378
- *siehe auch* Amtsfehler
- Plaumann-Judikatur 308–309, 313
- Präventionszweck 128–130, 267–268
- Preisstabilität 7, 36, 59, 63, 67, 71–72, 74, 316, 324, 357, 411
- *siehe auch* Europäisches System der Zentralbanken
- Pringle-Judikatur 7, 65–66, 137
- Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung 29, 67, 78, 188, 213, 337
- *siehe auch* Aufsichtsbefugnis
- Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der EU 150, 168, 222, 224, 403
- Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung 80, 112, 114, 176, 216, 250, 301, 384, 399
- Prüfung vor Ort 239

- Qualifikation des Verstoßes 195–196, 203, 209, 213, 221, 275, 278–279, 359–360, 405, 413
- *siehe auch* Rechtswidrigkeit, schlichte
- Quantitative-Easing-Programm 76
- Quasi-Kausalität 187, 261

- Rat der Aufseher 55
- Rating 44–45, 47–48, 51–52
- Rating-Agentur 44, 47–48, 51–52
- Rating-Agentur 44, 47–48, 51–52
- Realakt 167–168, 183
- Rechenschaftspflicht 56–57, 72, 115, 344, 357, 368
- Recht auf Achtung des Privatlebens 28, 230, 232, 238–240
- Recht auf eine gute Verwaltung 127, 187, 230–231, 325
- Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf 140, 267, 356, 374, 382, 393
- Recht auf unternehmerische Freiheit 28, 231, 233, 235–237, 322, 328, 358, 411
- Rechtfertigung 28, 30, 75, 237, 240, 320, 323, 411
- *siehe auch* Schrankenklauseel
- Rechts(staats)prinzip 8, 116, 124–125, 355, 392, 401
- Gerechtigkeitsgebot 124, 401

- Rechtsakt 164–185
- Aufsichtsbeschluss 7, 27, 49–50, 53, 55–56, 65–70, 81–84, 90–96, 99, 110, 150–155, 158, 167, 171, 172, 175–177, 181–184, 214–215, 275, 286, 298, 291–294, 307–313, 315–318, 320–321, 353, 358, 384, 398, 404
- Empfehlung 27, 83, 107, 165, 171–174, 179, 183, 248, 275, 307, 367, 407, 409, 413
- Rechtsakt mit Verordnungscharakter 126, 307–308
- Richtlinie 363, 367
- *siehe auch* Leitlinie
- Stellungnahme 55, 65, 82, 153, 171, 269, 312, 315, 362–366, 381–382
- Verordnung 73, 153, 174–175, 338
- Rechtsakt mit Verordnungscharakter 126, 307–308
- Rechtsangleichung, *siehe* Harmonisierung
- Rechtsschutz, *siehe* Individualrechtsschutz
- Rechtsfolge 5, 118, 152, 198–199, 228–229, 289, 401, 406
- Rechtsgrundsatz, allgemeiner 28, 126, 143, 146, 148, 155, 180, 189–190, 200, 245, 323, 353, 366, 375–377, 380, 383, 406
- *siehe auch* Rechtssicherheit
- *siehe auch* Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
- *siehe auch* Vertrauensschutz
- Rechtsirrtum 204–205
- Rechtsmittel 134, 137, 159, 197, 219, 257, 389
- Rechtspersönlichkeit 68, 99, 133, 147, 154, 169, 281, 398
- Völkerrechtsfähigkeit 68, 169
- Rechtsschutz, kollektiver 391
- Rechtsschutzinteresse 13, 133, 402
- Rechtssicherheit 115, 326, 329, 333, 390–392, 395, 413
- *siehe auch* Rechtsgrundsatz, allgemeiner
- Rechtsvergleichung 13, 148, 274, 377, 402
- Rechtswidrigkeit 5, 14, 119–120, 231, 137–142, 149, 185–191, 194–196, 200–205, 210–212, 218–219, 221,

- 223–224, 226–227, 247, 261, 263–264, 266, 270, 272, 276–277, 279, 287, 292, 298–300, 309–310, 319, 265, 378–380, 383, 392, 402, 404, 406/ Amtsfehler
- Erfolgsunrecht 163, 212, 267, 296
- Pflichtwidrigkeit 15, 130, 185, 205, 217, 266–267, 273, 278, 281–284, 286–289, 294–297, 409
- Qualifikation des Verstoßes 195–196, 203, 209, 213, 221, 275, 278–279, 359–360, 405, 413
- Rechtswidrigkeit, schlichte 185, 195–196, 212
- Rechtswidrigkeitszusammenhang 120, 226–227, 261, 263–234, 266, 277, 406
- Sorgfaltswidrigkeit 14, 190, 200–212, 222, 339, 342, 365
- Verhaltensunrecht 119, 163, 185, 194, 200–201, 211–212, 218–219, 267, 275, 297, 404–405
- Verstoß 185–194
- Rechtswidrigkeit, qualifizierte, *siehe* Qualifikation des Verstoßes
- Rechtswidrigkeit, schlichte 185, 195–196, 212
- *siehe auch* Qualifikation des Verstoßes
- Rechtswidrigkeitszusammenhang 120, 226–227, 261, 263–234, 266, 277, 406
- Reflexschaden 378
- *siehe auch* Aufsichtsreflex
- Regress, *siehe* Rückgriff
- Regulatory capture* 54
- *siehe auch* Aufsichtsversagen
- Regulierung 23–28, 34, 45–47, 83, 110, 114–115, 368, 397
- Reputation 5, 84, 250, 357, 360, 384
- Reserveursache 272
- Richtlinie 363, 367
- *siehe auch* Wirkung, unmittelbare
- Risiko 2, 5, 7, 33, 43–45, 52, 59, 96, 131, 196, 201, 220, 234, 250, 258, 295, 304, 317, 325–326, 332, 341–342, 350, 356–357, 361, 385, 390, 399, 401, 413,
- *Moral-Hazard-Risiko* 65, 325, 341, 357
- Risikohaftung 201, 220
- Systemrisiko 33, 43
- Risikohaftung 201, 220
- *siehe auch* Gefährdungshaftung
- Rückgriff 156–157, 209, 325–328, 403
- Gesamtschuldverhältnis 302–303, 214, 386, 410
- Sanktion 91, 96, 114, 123, 128, 175–176, 184, 237, 253, 265–266, 286, 290, 326, 347, 384
- Sayag-Judikatur* 151, 167–168
- Schaden 249–259
- Differenzhypothese 250
- Folgeschaden 251, 299
- Geschädigter 410
- Reflexschaden 378
- Schadensabwälzung 255, 258, 407
- Schadensabwendungspflicht 14, 119, 124, 186–194, 213, 275, 293, 303–304, 336, 405
- Schadensersatz 249–259
- Schadensminderungspflicht 255, 386, 407
- *siehe auch* Schädigung
- *siehe auch* Vorteilsausgleich
- *siehe auch* Wiedergutmachung
- Schadensabwälzung 255, 258, 407
- Schadensabwendungspflicht 14, 119, 124, 186–194, 213, 275, 293, 303–304, 336, 405
- *siehe auch* Gefahrenabwehr
- Schadensausgleich, *siehe* Wiedergutmachung
- Schadensersatz 249–259
- Entschädigung 104, 122, 235, 258, 346
- Naturalrestitution 252–253, 277, 311, 407
- Rechtsfolge 5, 118, 152, 198–199, 228–229, 289, 401, 406
- Schadensersatzklage 131–145
- Wiedergutmachung 124–125, 273, 355
- Schadensersatzanspruch 145–281
- Schadensersatzklage 131–145
- Rechtsschutz, kollektiver 391
- Schadensminderungspflicht 255, 386, 407
- Schädigung 185–212
- *siehe auch* Schaden

- *siehe auch* Verhalten
- Schlichtungsstelle 69, 73, 80–82, 152, 155, 175
- Schranken Klausel 30, 235, 237–239, 242, 321
- *siehe auch* Rechtfertigung
- Schutznorm 14, 35, 119, 127, 221, 224–228, 276, 332, 387–388, 406
- Schutzpflicht 187, 190–191, 230, 235, 237, 242–243, 372–373
- Schutzzweck 37–38, 210, 221, 224–228, 263, 271, 305, 331–332, 349, 365–366, 388, 406–408
- Individualschutz 35–37, 126, 228, 246, 340–341, 346, 357, 366
- Schutznorm 14, 35, 119, 127, 221, 224–228, 276, 332, 387–388, 406
- Schutzpflicht 187, 190–191, 230, 235, 237, 242–243, 372–373
- Selbsteintrittsrecht 91, 158–159, 192, 283, 286, 293
- Single License*, *siehe* Europäischer Pass
- Single Rulebook*, *siehe* Einheitliches Regelwerk
- Sitzabkommen 151, 169
- soft law* 173, 178, 248, 404
- *siehe auch* *Comply-or-explain*-Mechanismus
- Sonderopfer 196, 220
- *siehe auch* Aufopferungsanspruch
- *siehe auch* Haftung für rechtmäßiges Verhalten
- Sorgfaltswidrigkeit 14, 190, 200–212, 222, 339, 342, 365
- Sparbuch, *siehe* Einlage
- Sparer, *siehe* Einleger
- SRB, *siehe* Ausschuss für die Einheitliche Abwicklung
- SREP, *siehe* Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung
- SRF, *siehe* Einheitlicher Europäischer Abwicklungsfonds
- SRM, *siehe* Einheitlicher Europäischer Abwicklungsmechanismus
- SRM-VO 1, 4, 10, 98–103, 111, 130, 176, 246, 322, 350–353, 376, 384, 400
- SSM, *siehe* Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus
- SSM-Rahmen-VO 79–80
- SSM-VO 85–94
- Staatshaftung 13, 118, 128, 146, 149–150, 165, 197, 200, 213, 223, 247, 287–289, 299–306, 314, 340, 371–380, 387–390, 403
- Stabilität des Finanzsystems, *siehe* Finanzmarktstabilität
- Stellungnahme 55, 65, 82, 153, 171, 269, 312, 315, 362–366, 381–382
- Stressfest 40, 74, 84, 89, 113
- supervisor's dilemma* 358–359, 208
- Systemrisiko 33, 43
- *siehe auch* Makroaufsicht
- Tatbestandsmerkmal 79, 228, 297, 335
- *siehe auch* Vorfragenkompetenz
- Thyssen-Bericht* 56
- Transmissionsmechanismus 7, 214
- Transparenz-RL 47
- Trennung zwischen Geldpolitik und Aufsicht 281, 315
- Trennungsprinzip 163, 281–284, 296, 409
- *siehe auch* Verantwortungsabgrenzung
- Umsetzung, überschießende, *siehe* *Goldplating*
- Unabhängigkeit 59, 68, 70–75, 84, 115, 142, 147, 171, 208, 315–316, 359, 368, 398, 411
- Unifrex*-Judikatur 298–299, 305
- Unrecht 5, 119, 122, 124, 129, 163–167, 175, 189–201, 208–212, 267, 275, 295–298, 404–405
- *siehe auch* Erfolgsunrecht
- *siehe auch* Verhaltensunrecht
- Unrechtshaftung 5, 122, 185, 196, 201, 212, 218–220, 226, 275, 404
- Unrechtshaftung 5, 122, 185, 196, 201, 212, 218–220, 226, 275, 404
- *siehe auch* Haftung für rechtmäßiges Verhalten
- Untätigkeitsklage 135, 186, 252–253, 303, 360–307, 312–313, 411
- Unterbrechung des Kausalzusammenhang 14, 120, 163–165, 217, 231, 256, 264–270, 275–278, 281–282, 285–289, 297, 404, 408–410

- Unterlassen 124, 135–141, 164–165, 176, 185–190, 207, 254, 269, 273, 275, 295, 312, 349, 403
 Untersuchungsbefugnis 12, 28, 91, 94–95, 239
 Verantwortungsabgrenzung 9, 14–15, 95, 120, 123, 163, 199, 217, 265–266, 276, 281–296, 341, 366, 408–409
 – Abgrenzungsmaßstab 264–271
 – *siehe auch* Trennungsprinzip
 – *siehe auch* Zurechnung
 Verantwortungsklarheit 266, 269, 283
 Verbraucherschutz 34, 36, 58, 88, 354
 Vereinbarung, interinstitutionelle 57, 344
 Verfahren der impliziten Zustimmung 81, 155
 Verhalten 159–185
 – *siehe auch* Schädigung
 – *siehe auch* Verstoß
 – Verhalten, administratives 84, 118, 164–185, 195–198, 209, 223, 274–275, 288, 404
 – Verhalten, normatives 24, 118, 164–185, 195–198, 209, 218, 222–223, 237, 275–276
 – Verhaltensgebot 185, 194, 275
 – Verhaltenspflicht 176, 185, 200, 205, 213, 217, 227, 268, 276, 287, 295–296, 325, 336, 345, 357, 384, 409
 – Verhaltensunrecht 119, 163, 185, 194, 200–201, 211–212, 218–219, 267, 275, 297, 404–405
 – Verbot 185, 275
 Verhalten, administratives 84, 118, 164–185, 195–198, 209, 223, 274–275, 288, 404
 – Realakt 167–168, 183
 – Hoheitsverwaltung, schlichte 288
 Verhalten, normatives 24, 118, 164–185, 195–198, 209, 218, 222–223, 237, 275–276
 Verhaltensgebot 185, 194, 275
 Verhaltenspflicht 176, 185, 200, 205, 213, 217, 227, 268, 276, 287, 295–296, 325, 336, 345, 357, 384, 409
 – Amtspflicht 36–37, 146, 156, 189, 205, 225, 227, 319, 377–378
 – Handlungspflicht 186–193, 214, 216, 225, 312, 403, 405
 – Unterlassen 124, 135–141, 164–165, 176, 185–190, 207, 254, 269, 273, 275, 295, 312, 349, 403
 Verhaltensunrecht 119, 163, 185, 194, 200–201, 211–212, 218–219, 267, 275, 297, 404–405
 – *siehe auch* Erfolgsunrecht
 – *siehe auch* Unrecht
 Verbot 185, 275
 Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 29–30, 189, 220, 235, 238–242, 249, 321–322, 356, 393, 406, 411
 – *siehe auch* Rechtsgrundsatz, allgemeiner
 Verjährung 133, 301
 – Verjährungsfrist 301
 Verjährungsfrist 301
 – *siehe auch* Klagefrist
 Verordnung 73, 153, 174–175, 338
 Verschulden 123
 – Fahrlässigkeit 154, 202, 206, 211, 325, 327, 357, 364, 368, 378–379, 392
 – Mitverschulden 254–255, 257
 – Rechtsirrtum 204–205
 – Sorgfaltswidrigkeit 14, 190, 200–212, 222, 339, 342, 365
 – Vorsatz 96, 154–156, 204, 210–211, 325, 327, 340, 357, 364, 369, 378–379, 392, 409
 Versicherung 20–22, 34, 49–50, 58–59, 73, 85–86, 104–106, 130, 259, 315, 326–329, 341–342, 345, 360–361, 385, 401, 411
 – *Directors-and-Officers-Versicherung* 326
 – Haftpflichtversicherung 327, 360–361, 411
 – Versicherungsaufsicht 1, 315, 385
 – Versicherungsprämie 326–327, 329, 360
 Versicherungsaufsicht 1, 315, 385
 Versicherungsprämie 326–327, 329, 360
 Verstoß 185–194
 – *siehe auch* Verhalten
 Verstoß, hinreichend qualifizierter, *siehe* Qualifikation des Verstoßes

- Vertragsabrundungskompetenz 77
- Vertragsverletzung 72, 144, 159, 188, 303, 352
- Vertrauen 29–34, 44, 51–52, 82, 127, 130, 173–174, 186, 245, 255, 258, 269, 342, 357, 361, 381, 384, 406, 412
- Vertrauensschutz 29, 34, 173–174, 186, 245, 255
- Vertrauensschutz 29, 34, 173–174, 186, 245, 255
- *siehe auch* Rechtsgrundsatz, allgemeiner
- Verursachung, *siehe* Kausalität
- Verwaltung 28–29, 282–297
- Mischverwaltung 15, 156, 163, 217, 265–266, 281–282, 284–286, 295–297, 408–410
- Recht auf eine gute Verwaltung 127, 187, 230–231, 325
- *siehe auch* Vollzug
- Verwaltungsverbund 266, 283–285
- Verwaltungsverfahrenrecht 161–162
- Verwaltungsverbund 266, 283–285
- Verwaltungsverfahrenrecht 161–162
- Verweis, dynamischer 139, 143
- Verwerfungsmonopol 267
- Völkerrechtsfähigkeit 68, 169
- Vollzug 25, 30, 78, 92, 108, 128, 135–136, 145, 156, 162–163, 231, 265–269, 281–290, 296–298, 409
- *siehe auch* Verwaltung
- Vorabentscheidungsverfahren 66, 95, 141, 145, 186, 205, 267, 283–284, 299, 389–390
- Vorfragenkompetenz 186
- *siehe auch* Tatbestandsmerkmal
- Vorlageverfahren, *siehe* Vorabentscheidungsverfahren
- Vorsatz 96, 154–156, 204, 210–211, 325, 327, 340, 357, 364, 369, 378–379, 392, 409
- Vorteilsausgleich 255–259, 407
- *siehe auch* Schaden
- Wahlrechte, *siehe* *Options and Discretions*
- Weisung 70, 84, 90–91, 136, 145, 152, 158–159, 162, 172, 180–184, 191–192, 217, 241, 268, 274–275, 283–286, 289–294, 307–308, 312, 314, 340–341, 399, 404
- Wertungsspielraum 198, 286, 288, 297, 409
- *siehe auch* Ermessen
- Wettbewerbsaufsicht 324, 328
- Beihilfeaufsicht 375
- Widerspruchsverfahren, *siehe* Verfahren der impliziten Zustimmung
- Wiedergutmachung 124–125, 273, 355
- Willensmangel, *siehe* Verschulden
- Wirkung, unmittelbare 172, 179
- *siehe auch* Richtlinie
- Wirtschafts- und Währungsunion 12, 50, 53, 55, 61–63, 116, 178, 398
- *Bretton-Woods-System* 62
- Mitgliedstaat mit Ausnahmeregelung 63, 69, 315
- *Opting-out* 63
- Wirtschaftsaufsichtsrecht 24, 34, 189, 375, 382
- WTO-Recht 218–219, 247–247
- WWU, *siehe* Wirtschafts- und Währungsunion
- Zahlungsanspruch 133, 251, 298, 410
- Zentralbank, nationale 36, 46, 63–64, 69–71, 88, 147, 172, 177–183, 315–316, 324, 328
- Zession, *siehe* Forderungsübergang
- Zinsen 43, 46, 64, 251, 299, 315, 322
- Zuckerfabrik *Schöppenstedt*-Judikatur 127, 148, 165–166, 194–195, 222, 310
- Zulässigkeitsvoraussetzung 9, 11, 13, 118, 131–133, 145, 273, 320, 401–402
- Verjährung 133, 301
- Zulassung 7, 20, 41–42, 88, 93–96, 101, 176, 207, 215–216, 233–237, 250–252, 291–294, 309–314, 322, 345–348, 384–385, 399, 407
- Zulassungsentzug 7–8, 42, 88, 93, 96, 101, 207, 233, 250, 309, 313, 322, 384, 399
- Zulassungsentzug 7–8, 42, 88, 93, 96, 101, 207, 233, 250, 309, 313, 322, 384, 399

- Zurechnung 13, 117, 131, 156, 159–162, 201, 225, 260–267, 274, 277, 285, 289, 291, 408–409
- *siehe auch dédoublement fonctionnel*
 - *siehe auch* Organleihe
 - *siehe auch* Verantwortungsabgrenzung
- Zusammenarbeit, enge 81, 86–87, 91, 147, 175, 179, 181–182, 285, 294, 317, 400
- Zusammenarbeit, verstärkte 77–78, 116
- Zuständigkeit, ausschließliche 3, 62, 66, 87–88, 90, 94, 134–136, 142, 156, 161, 172, 274, 283–284